

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,40 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 2-spaltige Zeile 50 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Werbefläche 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 9200.

Nr. 40

Dienstag, den 16. Februar 1920

11. Jahrgang

Neue Grenzen für den Freistaat Danzig!

Die Begrenzung des Gebiets der Freien Stadt Danzig

Es durch den Vertrag von Versailles nur in großen Umrissen ganz allgemein erfolgt. Die endgültige Festlegung der neuen Grenzen soll noch erst später erfolgen. Die ersten Vorarbeiten dazu werden von einer Grenzfestsetzungskommission vorgenommen werden, die morgen ihre erste Sitzung im Oberpräsidium abhalten wird. Diese Kommission ist aus Vertretern Deutschlands, Danzigs, Polens und des „Völkerbundes“, will sagen der Entente, besetzt. Sie hat, wenn sie nur einigermaßen den wohlbegründeten Ansprüchen Danzigs genügen will, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Wir erwarten, vor allem auch vom Standpunkt unserer Arbeiterschaft, daß die Vertreter der Entente und Polens die Gelegenheit benutzen, um zu beweisen, daß sie nicht kurzschichtig und engherzig gegen einen besiegten Gegner handeln wollen. In dieser Rolle befindet sich Danzig ja übrigens auch gar nicht.

Dann sind aber gerade die vorläufig in Versailles gezogenen Grenzen des Freistaatsgebietes geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie willkürlich und oberflächlich man dort im ersten Siegesrausch gezeichnet hat. Nicht einmal die aller- notwendigsten Bedürfnisse des Freistaates hat man in technischer Beziehung berücksichtigt. So hängt die Sicherung der ganzen Weichselniederung — und mit ihr vor allem die der Stadt Danzig selber — gegen Hochwassergefahren von der Sicherung der Weichseldämme ab. Ihr empfindlichster Teil liegt aber bei Dirschau und im Bereich dieser Stadt. Sollen die Dämme besonders gegen starkes Hochwasser gehalten werden, so bedürfen sie der sorgsamsten Pflege und Unterhaltung. Diese kann selbstverständlich nur von dem Gemeinwesen geleistet werden, das den Hauptteil der Dämme in Besitz und an ihrer Erhaltung das größte Interesse hat. Das ist aber niemand anders als die Stadt Danzig. Will sie sich um ihr Gebiet, was heute für die Ernährung der Stadt entscheidend ist, also tatsächlich gegen die großen Gefahren des Weichselhochwassers schützen, so muß ihr die Stadt Dirschau und das umfassen Gebiete zugeteilt werden. Will also die Entente Danzig, was zweifellos ihre Pflicht ist, wenn alle bisher gemachten Versprechungen nicht leere Worte bleiben sollen, nicht den größten Gefahren aussetzen, dann muß sie die südliche Grenze bis hinter Dirschau zurückverlegen. Dadurch würde auch der unfürbare Zustand beseitigt werden, daß die Bewohner des Freistaates jetzt immer noch über Dirschau ein Stück Polen passieren müssen, wenn sie den östlichen Teil ihres eigenen Gebietes besuchen wollen.

Nicht viel anders wie im Süden liegen die Verhältnisse an der Nordgrenze. Die Halbinsel Hela ist für die Wasser- und Schiffsverkehrsverhältnisse der Danziger Bucht von größter Wichtigkeit. Man kann es kaum verstehen, wie es unter diesen Umständen eine schiffahrtstreibende Nation wie England verantworten konnte, daß der eigentliche Abschluß des Danziger Hafens einer fremden Macht ausgeliefert werden konnte. Die Erhaltung der fast ausschließlich aus Dünen mit nur schwacher Anpflanzung bestehenden schmalen Halbinsel Hela bedarf dauernder Arbeit und hoher Kosten. Sie müssen, um die Verlandung der Bucht und der Einfahrt bei Neufahrwasser zu verhüten, systematisch und dauernd aufgewendet werden. Deutschland hat sie geleistet und dadurch geradezu ein Kulturwerk geschaffen. Mehr als einmal drohte bei Sturmflut trockener Durchbruch der langgestreckten Landzunge. Hier gilt dasselbe, was wir bereits über die Erhaltung der Weichseldämme sagten: Polen würde bei weitem nicht das Interesse haben, das die Erhaltung der Halbinsel, so wie es der Handelshafen Danzig gebietet, verlangt. Polens würde dazu gar nichts durch die Zuteilung Hela zu Danzig verlieren. Seine Bewohner haben selber diesen dringenden Wunsch. Und das Selbstbestimmungsrecht der Völker war doch geradezu das Evangelium der Entente und ihres Völkerbundes. Die Verfassung der Halbinsel Hela, wie auch Dirschau und der Weichseldämme bei Polen würde nur der Gegenstand nicht abzulehender Verhandlungen zwischen dem Freistaat und Polen werden.

Die Verunstaltung unserer westlichen Grenzen zeigt sich am trassendsten in der Behandlung des westlich von Ostwa gelegenen Waldgebietes. Der weitaus größte Teil des Waldes ist von Danzig abgetrennt worden! Das ist eine Verurteilung vor allem gegen die unter überaus schlechten Wohnungsverhältnissen lebende Bevölkerung des städtischen Gebietes, die Jörn und Empörung erwecken muß. Die Ostwaer Wälder muß man ohne Übertreibung als die Lunge der Großstadt Danzig bezeichnen. Wer sie zur Benutzung der Danziger Bevölkerung entzieht, verurteilt sich geradezu an den Nerven und Schwächen, an den Schmerzen und Krankheiten der Bevölkerung. Er raubt ihnen Luft und Sonne, oft wohl ihre einzige Freude am Dasein. Hier müßte die einfachste Menschlichkeit dazu zwingen, die von uns gewollte Veränderung durchzuführen. Es wäre ja auch nichts leichter, als zu diesem Zweck statt der jetzt ganz ersichtlich unnützlichen eine natürliche Grenze zu wählen. Will man schon nicht weiter entgegenkommen, so würde diese Grenze durch die Strahlen- und Rodame gegeben sein. Dadurch wären wenigstens die schwersten Mängel beseitigt, die der Fortfall der Wälder notwendig im Gefolge haben müßte.

Wir erwarten, daß die Vertreter Danzigs und Deutschlands in der Grenzfestsetzungskommission vorstehende Vorschläge in ihr mit allem Nachdruck als Mindestforderungen vertreten. So hilflos ist Deutschland noch nicht, daß man seine Wünsche nicht mit dem gebotenen Entgegenkommen behandeln müßte. Was wir hier in unseren Vorschlägen empfohlen haben, sind keine Forderungen der Macht, sondern der Gerechtigkeit und der Billigkeit. Nur krasser Herrenbünkel könnte sie zurückweisen. Wir erwarten von den Vertretern der uns bisher gegnerischen Mächte, daß sie einsichtsvoll urteilen und handeln werden.

Die Förderung der Kohlenproduktion.

Essen (Ruhr), 16. Febr. Eine bedeutungsvolle Besprechung vereinigte heute hier Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung mit Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten des Bergbaus und der Eisenindustrie. Es handelte sich um die Frage, wie die Vermehrung der Kohlenförderung herbeigeführt werden könne. Reichskanzler Bauer legte in eindringlicher Weise dar, daß vermehrte Arbeit das einzige Mittel sei, das Volk aus Armut und Elend zu retten. Es müsse die oberste Aufgabe der Regierung sein, daß die Friedensherzeugung wieder erreicht werde. Das lasse sich nicht anders erreichen, als indem länger als sieben Stunden gearbeitet werde. Von einschneidender Bedeutung sei, daß es gelinge, die jährliche Kohlenherzeugung um 40—50 Millionen Tonnen zu steigern. Nach dem Reichskanzler legte Herr Stinnes dar, daß die Mehrförderung von 30 Millionen Tonnen Kohle eine tägliche Mehrarbeit von 1½ Stunden beanspruche, diese müßten sich an die reguläre Schicht anschließen. Die Ueberarbeiten sollten nicht mit 25 Prozent, sondern mit 100 Prozent Zuschlag auf die bisherigen Löhne bezahlt werden. In der Brotverforgung seien die Untertagearbeiter mit den Selbstverforgern gleichzustellen. Die Vertreter der Gewerkschaft forderten bessere Ernährung für den Bergmann; die Durchführung der geforderten Ueberstunden stellt gegenwärtig eine zu große Belastungsprobe für die Organisationen dar. Der Reichswirtschaftsminister ließ erklären, er sei sofort zu Verhandlungen bereit, wie eine bessere Ernährung herbeigeführt werden könne. Bei der weiteren Erörterung, an der sich auch der Reichsarbeitsminister Schöde beteiligte, wurde das Für und Wider eingehend besprochen mit dem schließlichen Ergebnis, daß über die Frage der Ueberarbeit sofort Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen. Die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft über die Form und das Maß der notwendigen Mehrarbeit wurden bereits am Mittwoch aufgenommen.

Zwölfstundentag in Sowjetrußland.

Die Moskauer Regierung beschloß ein Rundschreiben an alle kommunikativen Organisationen, in dem es heißt: Die „Fronthochzeit“ hat für ganz Sowjetrußland eine Anregung auf Beendigung des Arbeitstages gegeben. Gleich zu Beginn der „Fronthochzeit“ ist in einigen Städten der Arbeitstag auf zwölf Stunden verlängert worden. Unter dieser sind in anderen Städten ähnliche Maßnahmen auch allgemein eingeführt worden. Bei dem Verfall unserer Frontverhältnisse ist eine Zusammenarbeit notwendig. Die Sowjetregierung hat gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit die achtstündige Arbeitszeit für das arbeitende Volk beschlossen. Die Sowjetregierung verzichtet nicht auf diese Maßnahmen und die achtstündige Arbeitszeit muß und wird in Sowjetrußland eingeführt werden. In ihrer weiteren Entwicklung ist es jedoch notwendig, zu arbeiten, soweit die Kräfte reichen, damit der Bau Sowjetrußland zu einem hellen, großen und bequemen Gebäude für alle Arbeiter werde. Alle Arbeiter sollen sich an der Arbeit beteiligen. Die Arbeiter selbst und die Arbeiterinnen in ganz Sowjetrußland finden Arbeit bis zur Erschöpfung der Kräfte zum Nutzen der Sowjetwirtschaft für der Wohlfahrt für die kommende Zeit.

Als die Nachricht von der Einführung des Zwölfstundentages vor einigen Wochen durch die Presse ging, erklärten unsere Unabhängigen dieselbe für „kapitalistischen Schwindel“. Förderten doch die deutschen Nachahmer baltischer Gewerkschaften gerade in dem für das Wirtschaftslieben Deutschlands so notwendigen Bergbau gerade den Sechsstundentag. Jetzt müssen sie sich von ihren bolschewistischen Vorbildern das selbe sagen lassen, was sie den Sozialdemokraten immer als „Arbeiterbetrug“ vorgeworfen haben: Nur wenn gearbeitet wird, kann das große, helle und für alle Völkergemeinschaften bequeme Gebäude des Sozialismus errichtet werden! Wenn die deutschen Unabhängigen nur ein Teil der Einsicht besitzen würden, den hier die Bolschewisten zeigen, so wäre für das deutsche Wirtschaftsleben und die deutsche Arbeiterschaft viel gewonnen.

wommen. Aber für die Not des eigenen Volkes haben die Unabhängigen ja noch nie Verständnis bewiesen und so kann man schon heute sagen, daß sie diese Lehren wenigstens nicht befolgen werden.

Schwankungen in der Weltpolitik.

„Es gab einmal eine Mächtekoalition, die Entente hieß!“ So wird man demnach vielleicht schon in allen Zeitungen der Welt lesen können. Es ruft sich und bräutet allenthalben, und niemand weiß, was eigentlich noch übrig geblieben ist.

Amerika machte den Antrag. Die Vereinigten Staaten verweigern die Ratifizierung des Vertrages von Versailles — nicht etwa aus Liebe zu den Deutschen, aber weil sie finden, daß er ihren Interessen in keiner Weise entspricht. Die Amerikaner haben, wie man vollstündlich zu sagen pflegt, von Europa die Nase voll. Und wenn wir Bewohner des alten Erdteils, was ein gnädiges Schicksal verhüten möge, einander wieder einmal an die Kehlen greifen sollten, Amerika würde kein zweites Mal den Union Jack an unsern Hüften lassen, sondern würde mit den Händen in den Hosentaschen zusehen, was da werden soll. An den Schwindel von allgemeinen Menschheitsinteressen, die durch die allgemeine Menschenschlichterei verwirklicht werden sollen, glaubt drüben kein Mensch mehr. Aber auf alle Fälle baut man eine ungeheure Flotte und unterhält man eine kräftige Armee, weil man dem Gegenüber von jenseits des stillen Ozean nicht über den Weg traut. Und auch Japan war einmal Ententegegner.

Der Riß ging weiter. Heute klaffen die Gegensätze innerhalb der europäischen Entente so deutlich, daß man uns Deutschen keine „Einheitsfront“ mehr vorzuführen kann. England und Italien haben eine deutliche Wendung genommen, blicken sie dem Bundesgenossen Frankreich schon einen erheblichen Teil ihrer Mächtigkeiten zu zeigen beginnen. In Frankreich herrscht darüber große Aufregung. Es scheint, einige große Kinder in Frankreich haben sich wirklich eingeblendet, die Großmächte Europas würden in den nächsten Jahrzehnten gar nichts anderes zu tun haben, als Frankreich zu bedrücken, damit es sich alle möglichen Schikanen gegen das geschlagene Deutschland erlauben kann.

In Wirklichkeit steht aber die Sache so, daß England seine nationalen Interessen in der ganzen Welt zu vertreten hat und an Deutschlands dauernder Knebelung gar nicht interessiert ist, und daß Italien den Krieg um die Ostküste der Adria geführt hat, nach deren teilweisem Erwerb es in keiner Weise Gegenstand mehr zu Deutschland, wohl aber in desto höherem Gegenstand zu dem Ententegegner Serbien hat. Nach den Behauptungen der „Idea Nazionale“ hat Frankreich sogar — grassen hohen auf den Völkern! — einen Geheimvertrag mit Serbien gegen eine dritte Macht abgeschlossen, die keine andere als Italien sein kann. Denn Frankreich fürchtet den erstarkten Einfluß Italiens im Mittelmeer.

Denken wir uns die europäische Politik nach den alten Weisheiten fortgesetzt und erlauben wir uns, ein bißchen in die Zukunft hinein zu phantastieren, so können wir uns leicht vorstellen, daß in den nächsten dreißig Jahren eine Kombination Standarten—Deutschland—Italien entstehen könnte, die immerhin wieder eine recht ansehnliche Macht darstellen würde. Auf der anderen Seite bliebe — bei Neutralität Englands — Frankreich mit seinen slavischen Expositoren, die aber auch heute schon alle miteinander mehr oder weniger unsicher sind. Denken wir aber auch an Rußland, daß doch auch einmal Ententegegner gewesen ist, und die Welt erscheint ganz verändert!

Deutschland wird für absehbare Zeit durch die Uneinigkeit seiner früheren gemeinsamen Kriegsgegner nicht von der Schwere seiner Friedenslasten befreit werden. Aber die Hoffnung bleibt bestehen, daß die Zeichen, die schon in letzter Zeit an allen Ecken und Enden auftauchen, das französische Volk zur Bestimmung bringen werden. Frankreich muß begreifen lernen, daß der Weg, den es betreten hat, der Weg in den Abgrund für Frankreich und für alle ist. Die Gewaltspolitik, die jetzt Triumphe feiern, sind Verbrecher an den kommenden Geschlechtern Europas und vor allem an Frankreich selber.

Englisches Urteil gegen die Auslieferungserpressung.

„Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel: Eine der drohendsten Erscheinungen in der Lage Europas sei der ständige Druck der französischen Politik, um in dem deutschen Rheinlande zu bleiben. Nun kommt Millevand mit der außerordentlichen Forderung auf unbegrenzte Verlängerung der Besetzungsdauer, weil Deutschland den Friedensvertrag dadurch schände, daß es sich weigert, die Schuldigen auszuliefern. Deutschland habe sich bisher überhaupt nicht geneigt, irgend jemanden auszuliefern, ob schon es ganz sicher sei, daß es nicht in der Lage sein werde, alle die Genannten auszuliefern. Der „Manchester Guardian“ fährt fort, die Lage in dem besetzten Gebiet sei ein Skandal. Die deutsche Zivilverwaltung werde mehr und mehr auf die Seite gedrückt, und die Bestrafungsbestrebungen, die bisher keinen Erfolg gehabt hätten, würden fortgesetzt. Es sei an der Zeit, daß diese Dinge aufhören.

Amerika und Europa.

Während des Krieges, der die Dörfer Europas entvölkerte und seine landwirtschaftliche Erzeugung senkte, fiel die Getreideversorgung der Alten Welt vor allem Nordamerika zu. Als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, wurde diese Versorgung zur bindenden Pflicht. Der amerikanische Staat forderte nun die größtmögliche Ausdehnung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und legte, um den Anreiz der Farmer zu steigern, Mindestpreise für Getreide fest, die weit höher als die Weltgetreidepreise bemessen und durch einen Milliarden-Dollarfonds garantiert waren. In der Tat wuchs die Anbaufläche in diesen Jahren ganz gewaltig. Im Jahre 1910 umfaßte die Weizenanbaufläche noch 18 1/4 Millionen Hektar; im Jahre 1916 aber schon mehr als 20 1/4 und im Jahre 1919 nahezu 29 Millionen Hektar. Der Ernteertrag fiel von 17 Millionen Tonnen Weizen im Jahre 1910/11 auf 30 Millionen Tonnen im Jahre 1919/20. Amerikas Eigenbedarf an Weizen ist annähernd 17 Millionen Tonnen groß. Von der vorjährigen Ernte liegen noch mehr als anderthalb Millionen Tonnen Getreide in den Scheunen. Die Vereinigten Staaten wären also imstande, 14 1/2 Millionen Tonnen Getreide nach Europa auszuführen — eine gewaltige Menge, die weitaus hinreicht, um den hungernden Erdteil zu sättigen.

Der Weltkrieg hat den Viehstand Europas dezimiert. Die amerikanische Union hat ihren Viehstand in den Jahren des Krieges aber gewaltig vermehrt. Die Zahl des Schlachtviehs ist nahezu um ein Viertel, die Zahl der Milchkühe um mehr als 13 Prozent gewachsen. Im Jahre 1914 vermochten die Vereinigten Staaten nur 325 000 Tonnen Fleisch auszuführen, im Jahre 1918 um 1 Million Tonnen mehr. Brasilien begann mit einer Gefrierfleischausfuhr erst im Jahre 1914. Von Ruß im Jahre 1914 lieferte es seine Fleischausfuhr auf 55 000 Tonnen allein im ersten halben Jahre 1917. Ueber den Fleischmarkt der Welt herrscht der Chikaguer Fleischtrust. Er hat während des Krieges die gesamte Fleischzufuhr von Nordamerika und den La Plata-Staaten nach England besorgt. In Santa Ana do Livramento in Brasilien, an der Grenze nach Uruguay, und in Campinas hat er riesige Fleischgefrieranlagen gebaut. Ueber Nordamerika und Brasilien hinaus hat er sich Argentinien, Kolumbien und Uruguay unterworfen. Mehr als die Hälfte der gesamten Rindfleischherzeugung der Erde, das Dreifache der Rindfleischherzeugung des britischen Reiches, kontrolliert er. Die Gefrierhäuser in der Neuen Welt sind überfüllt mit versandfertigem Fleisch. Freilich reicht die Ueberflußmenge nicht hin, um den europäischen Erdteil wie in der Vorkriegszeit zu versorgen; aber sie ist groß genug, um seinen Hunger zu stillen.

So besitzt Amerika Nahrung in Fülle, um die hungernde Erde zu sättigen. Die Elevatoren, die Kielespeicher, die Fleischgefrieranstalten der Neuen Welt vermögen den Reichtum an Nahrungsmitteln nicht zu fassen; und doch hungert Europa. Europas Hilfsmittel drängen auch nach Amerika. Aber die aufgeschichteten Schätze Amerikas sind nicht für die Bedürftigen, sondern für die Zahlungsfähigen bestimmt. Der Weizen in den Riesenelevatoren Kenyots, das Fleisch in den Gefrierhäusern Chicagos dienen eben nicht der Sättigung des Hungers, sondern der Erzielung des größtmöglichen Profits. So entbehrt die Hungersnot Europas den ganzen Widerstand der kapitalistischen Weltordnung. Sie sieht nur die Ware, aber nicht den Menschen, der sie bebar. Sie besteht auf der Barzahlung, die Solidarität des Menschengeschlechts kennt sie nicht. Sie liefert die Gebrauchsgüter der Gesellschaft nur gegen materielle Garantien und verzweifelt sie ihr, wenn sie zu arm ist. Die Güter, die das hungerntüchtigste Europa benötigt, sind in Amerika aufgeschichtet. Aber das Kreditkollaps Europas ist zusammengebrochen. Europa ist bankrott, es vermag also Amerika die geforderte Zahlung nicht zu bieten.

Zum Rücktritt Lansing.

Wie wir bereits gestern mitteilten, ist der Staatssekretär des Auenberns der Vereinigten Staaten zurückgetreten. Sein Rücktritt erfolgte wegen Differenzen mit dem Präsidenten Wilson. Nach einer Radiomedlung aus Washington ist der Präsident Lansing ein heftiger Briefwechsel mit Präsident Wilson vorausgegangen. Seit dem 7. Februar warf der Präsident dem Staatssekretär vor, daß er seine Krankheit benutzt habe, um sich seine Präsidentenautorität anzueignen. In einem weiteren Brief erklärte Wilson, als er noch in Paris gewesen sei, habe er herausgefunden, daß Lansing seine Anweisungen und seine Ratschläge mit wachsendem Ungehörigen angenommen habe. Bei seiner Rückkehr nach Washington sei er tief entsetzt gewesen, feststellen zu müssen, daß Lansing versucht habe, seinem Urteil vorzuziehen. In einem Antwortschreiben erklärte Lansing, seit Januar 1919 habe er gefühlt, daß Wilson nicht mehr bereit gewesen sei, seine Ansicht über alle Fragen, welche die Pariser Verhandlungen betreffen, entgegenzunehmen.

Die Antwortnote der Entente noch nicht überreicht.

Berlin, 17. Febr. Die „Deutsche Wg. Ztg.“ hört, daß die in London fertiggestellte Note des Verbandes in der Auslieferungsfrage bis in die gestrigen Abendstunden der deutschen Regierung noch nicht überreicht worden. Da die Note am Sonntagabend von London durch Kurier abgehandelt worden sei, dürfte ihre Ueberreichung durch den englischen Gesandten wahrscheinlich erst heute erfolgen.

Deutschland.

Unabhängige Selbstkritik.

Der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Frohard, erzählt in der „Humanité“ von einem Gespräch, das er bei seiner Zusammenkunft in Bern mit dem Vorstands der Unabhängigen, Crispin, geführt hat. Auf die Frage Frohards, ob eine revolutionäre Bewegung in Deutschland demnächst zu erwarten sei, habe Crispin unter anderem geantwortet:

„Manche Großen glauben zwar daran, ich aber nicht. Wir haben übrigens den Eindruck, als ob die Reaktionäre es nicht ungern sähen, wenn wir sofort aus Rußland geländen — damit sie uns sicherer und schneller inszenieren. Wir können nur schwer die Städte verproviantieren. Das würde in allerletzter Zeit zum Sturz unserer Regierung, genau wie in Ungarn, führen, und die Wiederherstellung der Macht durch die Junker bedeuten. Dank den Vorräten an Lebensmitteln, die sie aufgeschichtet haben, würden letztere dem Volke die Mission einer sofort

eingetragenen Besserung geben können — und alles wäre vorbei!“

Das ist nur eine Wiederholung der Argumente, mit denen Hilferding die radikalen Beschlüsse des Leipziger Parteitages in der „Freiheit“ selber kritisierte. Allerdings mit dem Unterschied, daß Hilferding zum rechten oppositionellen Flügel gehört, während die radikale Strömung in der U. S. P. nicht zuletzt unter Crispins Einfluß und Führung stärker wurde und in Leipzig siegte.

Der Sekretär der Schweizer Sozialdemokratie Huggler, der an diesem Gespräch offenbar als Dolmetscher teilnahm und selbst sieben aus Berlin zurückgekehrt war, bestätigte die Angaben Crispins wie folgt:

„Wenn die Unabhängigen aus Rußland gelangten, würden die großen Städte, in denen sich alle ihre Kräfte befinden, Gefahr laufen, unverzüglich ausgehungert oder niedergeworfen zu werden. Schon halten die Bauern die Lebensmittel zurück und stapeln Vorräte auf.“

Und weiter sprach Huggler von den Nichtorganisierten, auf die sich die Werksarbeit der Unabhängigen konzentrieren würde, folgendermaßen:

„Es gibt ein zahlreiches Lumpenproletariat, namentlich in Berlin, einen dunklen Meib, der fähig ist, sich dem Meistbietenden zu verkaufen und alle möglichen Exzesse zu begehen. Ganze Viertel sind lebensgefährlich geworden, selbst bei Tageslicht riskiert man dort, überfallen und beraubt zu werden.“

Es interessiert uns sehr, von Huggler zu hören, daß die Unabhängigen aus die „dunklen Elementen“ klassenbewußte Anhänger des Rätesystems machen wollen. Wenn man von diesem Lumpenproletariat liest, das sich meistbietend verkauft und aller möglichen Exzesse fähig ist, wer denkt da nicht an die Januar- und Märztage 1919 in Berlin und an die Helber der Räterevolution in München, Düsseldorf usw.?

Es wundert uns nur, daß Frohard, der große Bewunderer der Unabhängigen, nicht gemerkt hat, daß, indem er diese Neuerungen Crispins und Hugglers zur Kenntnis der französischen Sozialisten brachte, er damit die deutsche Sozialdemokratie in einer Weise rechtserfährte, die wir von der „Humanität“ in dieser Zeit nicht erwarten durften.

Diese verhältnismäßig nüchterne Beurteilung der Verhältnisse, besonders über die Regierungsfähigkeit der Unabhängigen, ist wohl auf die — eigenen ministeriellen Erfahrungen Crispins zurückzuführen. Gleich nach der Revolution war er nämlich Minister des Innern in Württemberg. In diesem Amte hat er nicht einen Finger wirtlich revolutionär gerührt, sondern die alte Wirtschaft ungehindert weitergehen lassen. Wegen absoluter Unfähigkeit mußte er denn auch das Ministerium verlassen.

Der Erzbergerprozeß.

Wie sich Stresemann das Eiserne Kreuz „verdiente“. Aus den Prozeßverhandlungen der letzten Tage geben wir folgende Einzelheiten wieder:

In der Donnerstag-Verhandlung waren von unbekannter Seite Blumen auf den Tisch Heffersichs und seines Verteidigers gelegt worden. (1) Die Beweisaufnahme behandelte den Fall der Berger-Liesbau-M.G., die bei Arbeiten am Kieler Kanal mit dem Panamak in Differenzen geraten war und über die strittigen Punkte Schiedsgerichtsentscheidungen herbeiführte, bei denen Erzberger mitgewirkt hat.

Der Zeuge Berger sagt aus: Nachdem die Schiedsentscheidungen gefällt waren, versuchte ich Minister Erzberger in den Aufsichtsrat hineinzubekommen, und ich habe mit dem Aufsichtsrat vor der Generalversammlung darüber Rücksprache genommen, daß wir ihn in den Aufsichtsrat wählen könnten. — Heffersich: Im Protokoll steht von der Wahl Erzbergers nichts. Aber hat Berger nicht den Aufsichtsratsmitgliedern mitgeteilt, daß Herr Erzberger gewählt werden sollte? — Zeuge Berger: Ich entsetze mich nicht. — Dr. Heffersich: Kann Herr Berger auf seinen Eid nehmen, ob in der Sitzung von Erzberger die Rede war oder nicht? — Berger: Ich glaube ja. Ich habe doch schon gesagt, daß Rechtsanwalt Bobländer mich auf ihn aufmerksam gemacht hatte und daß Prof. Föbberber ihn mir dann empfohlen hat.

Die Zeugen Regierungsbaumeister Hädt und Regierungsbaurat Morgenstern, der sich bei Heffersich selbst als Zeuge gemeldet hat, bekundeten, daß zwischen Berger und Erzberger in jener Zeit ein reger schriftlicher und mündlicher Verkehr stattgefunden hatte, der es Erzberger ermöglichte, über den Stand der Sache auf dem laufenden zu bleiben.

Hierauf wird Erzberger Spahn vernommen. Er führt aus, daß ihm das Verhalten Erzbergers in der Budget-Kommission aufgefallen sei. Er als Jurist müsse es als nicht angemessen bezeichnen, daß ein Mitglied der Budget-Kommission als Schiedsrichter gegen den Fiskus tätig sei. — Erzberger beantragt daraufhin, als Zeugen dafür, daß auch andere Abgeordnete als Schiedsrichter tätig waren, von der Zentrumsfraktion Dr. Föbberber zu laden.

Als nächster Zeuge behandelt Generalmajor v. Odershausen noch einmal den Anschluß der Firma Berger von Heeresaufträgen und führt dann ein Schreiben vom März 1915 an, in dem der Kriegsminister betont, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die sich um das Eisenbahnwesen verdient gemacht hätten, deserviert werden sollte, so vor allem Kommerzienrat Berger. Dilem Schreiben des Generals Schellach lag ein Schreiben Erzbergers bei. — Erzberger: Keine Empfehlung ist durchaus nicht so ungewöhnlich. Man ist während des Krieges aus verschiedenen Kreisen der Industrie an mich herangetreten mit dem Ersuchen, herausragenden Vertretern das Eiserne Kreuz zu verschaffen. So 3. B. sollte ich diese Auszeichnung für Kommerzienrat Eugen Heim und für Herrn Stresemann erwirken.

In die Fremdenlegion!

Köln, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts.“) Es ist festgestellt, daß in der Woche vom 18. bis 24. Januar 1920 in Mainz über 300 junge Deutsche für die Fremdenlegion angeworben wurden. Am 22. Januar vormittags wurden in der Mainzer Prinz-Karl-Kaserne über 300 deutsche Fremdenlegionäre, meistens Rainer, versammelt und nach Nordfrankreich abgeschoben. Leider haben „Deutsche“ bei diesen Werbepreisen Schlepperarbeit geleistet. Die Werbungen durch die Fremden erfolgen meistens mit betrügerischen Mitteln. Den jungen Leuten werden hohe Arbeitslöhne versprochen und ihnen geschaut, daß sie im Wiederbeschäftigungsfall Nordfrankreichs Beschäftigung finden werden. Sie müssen einen französischen geschriebenen Kontrakt unterzeichnen, der eine Verpflichtung zum fünfstündigen Dienst in der französischen Fremdenlegion enthält. Die Leute werden unter ihren Willen nicht nach Nordfrankreich, sondern nach Algerien abtransportiert. Die Zeit der in die

Fremdenlegion eingetretenen Deutschen soll sich seit Jahresfrist auf mehrere Tausend erhöht haben.

Durchstechereien in Frankfurt a. M.

Vor kurzem wurden bei der Frankfurter Gelbfabrik von Gebrüder Heibelberger gewaltige Verfehlungen zum Nachteil des Staates aufgedeckt, die jetzt zur Aufdeckung weiterer, noch größerer Skandale führten. Ein Frankfurter Kriminalkommissar hat durch eingehende Revision beim ehemaligen Feuerwerkslaboratorium in Siegburg erhebliche Verfehlungen zum Nachteil des Staates von Offizieren, Beamten und Angestellten des Laboratoriums festgestellt. Diese Personen, von denen bereits einige festgenommen wurden, sind zum Teil noch im Laboratorium und bei der ehemaligen Gelbfabrik in Siegburg (ehemaliges Reichswerk) beschäftigt. Außer der Frankfurter Firma Heibelberger sind noch verschiedene auswärtige Firmen außerordentlich stark belastet.

Die Höhe der Bestechungsgelder geht in die Hunderttausende, die von den einzelnen Fabrikanten und Geschäften hierdurch erzielten besonderen Gewinne gehen in die Millionen. In Siegburg ist ein bedeutendes Altkammaterial mit erheblichen Beweisstücken beschlagnahmt worden. Die Ermittlungen in Siegburg gestalten sich äußerst schwierig, da den Beamten eine starke passive Resistenz entgegengekehrt wurde.

Es handelt sich in Siegburg wie auch bei Heibelberger in Frankfurt um die Unterschlagung zurückgewiesener minderwertiger Zünder unter neue Gelbfabrikationen an die Front, wobei die mit der Abnahme und Prüfung der Zünder betrauten Beamten von den kletternden Fabriken bestochen wurden.

Die Notlage der Zeitungen.

Der Hamburger Senat hatte vor einiger Zeit bei der Regierung beantragt, es möge Mittel und Wege gefunden werden, wie der Presse in der Notlage geholfen werden könne. Besonders solle der Presse, die kein großes Inseratengeschäft hat, von Rechts wegen eine Unterstützung zufließen. Die Reichsregierung hat sich nunmehr an die Regierungen der Länder mit der Anfrage gewandt, ob sie bereit sind, an der Unterstützung der durch die immer höher steigenden Papierpreise in große Not geratenen Zeitungen mitzuwirken. Die Unterstützung soll einmal in der Weise erfolgen, daß die Zeitungen besitzenden Länder sich verpflichten, Holz zu billigen Preisen zu liefern und dann, daß den Zeitungen ein Teil des Papierpreises vergütet wird. Die entstehenden Kosten sollen vom Reich und den Ländern gemeinsam aufgebracht und die Verhandlungen beschleunigt zu Ende geführt werden. Wie wir erfahren, hat sich der Hamburger Senat sofort bereit erklärt, an der geplanten Hilfsaktion Anteil zu nehmen.

Die kommunistische Parteilspaltung.

Aus der wiedererschienenen „Roten Fahne“ geht hervor, daß die Spaltung der Kommunisten eine vollendete Tatsache geworden ist. Die Richtung der Zentrale tritt ein für Beteiligung an den Betriebsrats-Wahlen, für Mitarbeit in den Gewerkschaften und wahrscheinlich auch für allgemeine Beteiligung an den politischen Wahlen. Die Minderheit lehnt den Parlamentarismus in der gegenwärtigen „revolutionären Epoche“ grundsätzlich ab, bekämpft die Gewerkschaften als „unabwandelbar gegenrevolutionär“, verlangt ihre Zerstörung und den Aufbau von Arbeiter-Unionen für den wirtschaftlichen Massenkampf; sie konstatiert die gesellschaftlichen Verhältnisse und fordert revolutionäre Räte, die aus dem aktiven revolutionären Kampf entstehen müssen. Die Anhänger dieser Lehre sind vom Zentralkomitee ausgeschlossen worden und werden zum nächsten kommunistischen Parteitag nicht mehr zugelassen.

Der Spaltungsgeist hat also weitergefrassen: Nachdem die Unabhängigen die einige Sozialdemokratie zerstört haben, haben die Kommunisten die U. S. P. gesprengt, und jetzt haben die Kommunisten-Syndikalisten die K. P. gesprengt. Es lebe die nächste Spaltung!

Der Unterchied.

Unser Nürnberger Parteiblatt schreibt in einem Artikel folgende beachtliche Zeilen, die wir recht tief unterstreichen und denen nichts hinzuzufügen ist. In dem Artikel heißt es:

„Als vor einigen Wochen die Frage der Zustellung des Exzessers erörtert wurde, erklärten Hindenburg, Bethmann usw.: wir stellen uns für unseren Herrn. Für diesen Mann, der genau mußte und billigte, daß Desterreich unannehmbar Forderungen an Serbien stellte, die den Weltkrieg auslösten mußten, wollten sich die Bethmann, Hindenburg, Ludendorff usw. stellen, für das arme, gepöbelte und halbverhungerte deutsche Volk, das durch die Schuld der Mächtigsten und ihrer Götter ins Elend gestochen wurde, wollen sie sich aber nicht stellen. Das arme Volk kann untergehen, was aber die Patrioten! Von einem „vaterlandslosen Gesellen“ wie Erhard Auer müssen sich die Patrioten sagen und zeigen lassen, wie man für sein Volk eintritt.“

Polen.

Holzausfuhrverbot.

Der Abg. Bysl von der Pilsnargruppe hat im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Holzausfuhr aus Polen verbietet. Der Antrag wurde an die Wiederherstellungskommission verwiesen, die einmütig feststellte, daß das Holz zunächst für den Wiederaufbau des Landes und für andere eigene Bedürfnisse verwendet werden soll. Erst in zweiter Linie könnten die Holzproduzenten Erlaubnis zur Ausfuhr des Holzes erhalten.

Zunahme der Streikbewegung in Warschau.

Nach Blättermeldungen nimmt die Streikbewegung in Warschau zu. Es streiken zurzeit die städtischen Arbeiter, Schneider und Kinematographisten. Man rechnet ebenfalls mit einer Lohnbewegung der Bäcker.

Verhaftung von Kommunisten.

Die Warschauer Polizei verhaftete mehrere Teilnehmer an einer Sitzung des kommunistischen Ausschusses, und zwar den bekannten sozialdemokratischen Warschauer Führer, der sich des Decknamens Warski bediente, den Ministerialrat Grodowski, einen gewissen Chawski mit seiner Ehefrau und einen gewissen Lausker. Alle Verhafteten wurden nach dem Gefängnis Motowin gebracht. Es wurde eine Anzahl von Schriftstücken beschlagnahmt und der Genbarmerieverwaltung überreicht.

Die Zukunft des deutschen Schiffbaues.

Die zukünftige Stellung der deutschen Schiffbau-Industrie zum Weltschiffbau behandelt Marinebaurat Has in der ersten Nummer der im Verlage von Julius Springer in Berlin neu erscheinenden Zeitschrift „Werft und Reederei“. Das Bild, das hier von der Zukunft des deutschen Schiffbaues entrollt wird, zeigt den ganzen Ernst unserer Lage, läßt aber doch auch die Möglichkeit des Neuanfanges erkennen. Eine Gegenüberstellung der Weltkampferflotte über 100 Bruttoregistertonnen von 1914 und 1919 veranschaulicht das Aufstrome von Amerika und Japan als neue mächtige Nebenbuhler Englands auf dem Gebiete des Schiffbaues. Von den 45 404 000 Bruttoregistertonnen im Jahre 1914 waren 21 200 000 oder 46,8 Prozent englisch, 5 134 720 oder 11,3 Prozent deutsch, 2 026 000 oder 4,5 Prozent amerikanisch und 1 708 000 oder 3,7 Prozent japanisch. Dagegen waren 1919 von den 47 897 000 Bruttoregistertonnen der Weltkampferflotte 10 345 000 oder 34 Prozent englisch, 9 773 000 oder 20,4 Prozent amerikanisch, 2 335 000 oder 4,9 Prozent japanisch und 1 820 000 oder 3,4 Prozent deutsch. Daß die Amerikaner über die Kriegsanlagen hinaus für den kommenden Friedenswettbewerb rüsteten, zeigt die Art der Geldaufnahmen durch die Schiffbauunternehmungen besonders im Mai und Juni 1919. Die Gesamtsumme, die während des Krieges neu in Schiffbauunternehmungen hineingesteckt wurde, beträgt etwa 533 Millionen Dollar, während die Gesamtumlagen der deutschen Reedereien und Werften im Jahre 1913 nur etwa 783,6 Millionen Mark, nach Friedenssturz etwa 186 Millionen Dollar ausmachten. Gegenüber der reinen Lonnaberechnung der amerikanischen Schiffbauherstellung erscheint es so vollständig ausgeschlossen, mit deutschen Werften je wieder wesentlich in den Weltschiffbau einzugreifen. Bei ungestörter friedlicher Entwicklung des Weltverkehrs würde nun heute mit einer Welthandelsflotte von 58,9 Millionen Tonnen zu rechnen sein, die wirklich vorhandene blieb demnach noch um etwa 11 Millionen hinter dem Bedarf zurück.

In der Tat herrscht noch ein starker Mangel an Schiffsraum im Weltverkehr, der es auch dem deutschen Schiffbau ermöglichen würde, über die von der Entente verlangten 200 000 Tonnen jährlich hinaus jede beliebige Lonnage an den Mann zu bringen. Leider gestatten jedoch die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in Deutschland nicht, diese günstige Konjunktur auszunützen. Bei gleichmäßiger Entwicklung im Schiffbau würden die fehlenden 11 Millionen Tonnen in etwa 3 bis 4 Jahren ersetzt sein, so daß dann der Sättigungspunkt des Weltverkehrs erreicht wäre und eine Schiffbaukrise eintreten müßte, wenn nicht eine Reihe der Kriegsbauten früher als unter normalen Umständen durch Neubauten zu ersetzen wäre. Die künftigen Weltverfolger im Schiffbau sind Amerika und England. Deutschland, das vor dem Kriege fast nur für den eigenen Bedarf gebaut hat, wird nach der Wegnahme aller Unterstützungsmittel unserer Lebensfahrt keinen so großen eigenen Bedarf an Lonnage mehr haben; während nun die meisten europäischen Staaten von England, Ostasien, von Japan und Amerika im Schiffbau abhängig sein werden, bleibt für Deutschland die Aussicht, für die südamerikanischen Staaten, die sich eine eigene Flotte schaffen wollen, Schiffe zu bauen. Deutschland könnte also doch wohl auf die dauernde Ausnutzung seiner vollen Schiffbauleistung rechnen, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die Veränderung in den Grundlagen unserer Stahlherzeugung nach dem Verlust der lothringischen Eisen- und Stahlwerke wirken schwer auf die Liefermöglichkeit ein. Nur der fortwährende Kriegsschiffbau, die Abwanderung des Eisens aus dem Hausbau und der Eisenbetonschiffbau,

der technisch erst in den Anfängen der Entwicklung steht, können erleichternd wirken. Günstiger als in wirtschaftlicher Beziehung liegen die Verhältnisse nach der technischen Seite. Grundlegende umwälzende Neuerungen im Schiffbau hat der Krieg weder bei dem Gegner noch bei uns gebracht: lediglich die Technik der Reihenerstellung in bisher unbekanntem Ausmaß hat der Krieg gefördert, aber heute ist der Ruf nach dem „Einheitschiff“ verstummt. Die Zukunft des deutschen Schiffbaues kann nicht in der Nachahmung der Methoden amerikanischen Massenbaues bestehen, sondern in der Herstellung von Fahrzeugen, die vermöge ihrer besonders guten technischen Durchbildung hohe Wirtschaftlichkeit besitzen und allen besonderen Bedingungen der Ladung, der anzulauenden Häfen und ihrer Wasser- und Kanalverhältnisse gerecht werden. Die Abnehmer für solche Schiffe werden sich in demselben Maße mehrern, wie die Sättigung des Weltmarktes mit Schiffsraum zum Senken der Frachten zwingt und damit der Grad der Wirtschaftlichkeit des einzelnen Schiffes im Betriebe an Beachtung gewinnt.

Gewerkschaftliches.

Zweite Generalversammlung des Deutschen Landarbeitersverbandes.

Zu der Zeit ab 16. Februar 1920 hält zu Berlin der Deutsche Landarbeitersverband seine Generalversammlung ab. Der Deutsche Landarbeitersverband dürfte heute der zweitstärkste Verband der freien Gewerkschaften sein. 22 500 Mitglieder waren es bei Ausbruch des Krieges, 8000 bei Ausbruch der Revolution, und jetzt kann der Generalversammlung über einen Bestand von 624 531 Mitgliedern berichtet werden. Darunter sind 441 531 männliche und 183 404 weibliche Mitglieder. Die Geschäfte des Verbandes werden gegenwärtig verwaltet außer der Hauptleitung von 33 Gauleitungen und etwa 280 Kreisgeschäftsstellen. Insgesamt wurden bei der letzten Statistik 7599 Ortsgruppen gezählt.

Nach Kenntnis des Verbandsvorstandes sind insgesamt 311 Kreistatistiken abgeschlossen, darunter für Landarbeiter 268, Forstarbeiter 38 und 12 für besondere Berufsgruppen. Ebenso sind für die staatlichen Forstarbeiter in Preußen und anderen Staaten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zentral durch Tarife geregelt.

In der vorrevolutionären Zeit bestanden Verbindungen mit den Unternehmerorganisationen nicht. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die in der Presse geschilderten Kämpfe in Pommern, wo Mitglieder des Verbandes gemordet wurden, um zu zeigen, daß ein Teil des landwirtschaftlichen Unternehmertums noch glaubt, mit Unterdrückungsmaßnahmen den Deutschen Landarbeitersverband in seiner Entwicklung zu hindern.

Die Mitgliederzahl nimmt ständig zu. Dies ist der beste Beweis dafür, daß die Landarbeiter erkannt haben, welchen Wert der gewerkschaftliche Zusammenschluß für sie bedeutet. Die Stärke der Organisation liegt hauptsächlich in den Gebieten des Großgrundbesitzes und kann man sagen, daß die Agrarier selbst die besten Agitatoren für den Deutschen Landarbeitersverband sind. Obwohl gegenwärtig die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Hauptaufgabe bildet, macht sich der Widerstand der Arbeitgeber auch andererseits bemerkbar. Die Rechtschutzeinrichtungen des Verbandes werden von den Mitgliedern sehr in Anspruch genommen.

Der Verbandstag wird sich mit dem Ausbau der Organisation zu befassen haben, besonders mit einer Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungswezens. Außerdem wird verhandelt über Tarifverträge und Arbeitszeit, die Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses und über die Stellung der

Landarbeiter zur land- und forstwirtschaftlichen Produktion und Anstellung. Circa 150 verschiedene Entwürfe sind aus allen Ecken Deutschlands eingelaufen und werden das rasche Interesse, daß die Land- und Forstarbeiter ihrem Verbande entgegenbringen.

Über den Verlauf der Tagung werden wir berichten.

Volkswirtschaftliches.

Der Zusammenbruch der deutschen Valuta

Macht es wünschenswert, sich noch einmal rückblickend die Entwicklung seit Kriegsausbruch zu vergegenwärtigen. Eine bequeme Handhabe dazu bieten die Übersichten, die in den letzten Jahrgängen der Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft veröffentlicht worden sind. Danach kosteten in Schweizer Franken durchschnittlich:

Zeitraum	100 deutsche Mark	100 österreichische Kronen	100 französische Franken	100 italienische Lire
Jahr 1913	123,67	104,79	100,25	98,47
" 1914	120,34	100,11	100,39	98,79
" 1915	109,27	80,39	95,95	88,14
" 1916	92,87	62,72	88,78	79,68
" 1917	72,08	45,33	82,83	63,89
" 1918	74,07	44,40	78,15	56,52
1. Halbjahr 1919	45,59	22,19	84,87	69,30
Juli 1919	36,89	15,37	80,57	65,58
August 1919	29,14	11,71	72,28	61,06
September 1919	22,62	8,56	66,09	56,66
Oktober 1919	20,50	5,70	64,89	54,50
November 1919	14,02	4,38	53,90	48,65
Dezember 1919	11,06	3,10	50,38	40,85

Im Dezember 1919 war also die Mark — 9 Pfennig, die Krone — 3 Heller, der französische Franc — 50 Centimes, der Lire — 41 Centesimi. Inzwischen sind alle diese Devisenkurse bekanntlich noch weiter gestürzt. Am 31. Januar 1920 war in Zürich die Mark — 5 1/2 Pfennig, die Krone — 2 Heller, der französische Franc — 43 Centimes, der Lire — 36 Centesimi. Den Stand von „des Vorkriegswertes“, den jetzt der französische Franc hat, hatte die Mark im Februar 1919, die Krone im Juni 1918. Den Stand von „des Vorkriegswertes“, den heute der Lire hat, hatte die Mark im März 1919, die Krone im August 1918. Damals war der Zeitunterschied zwischen Gleichstand von Mark und Krone noch 8 bezw. 7 Monate. Er hat sich seitdem immer mehr verringert. Es hatten nämlich die gleiche Entwertung die Mark im August 1919 und die Krone im Februar 1919, die Mark im Oktober 1919, die Krone im Juni 1919, die Mark im November 1919 und die Krone im August 1919.

Lebensmittelpreise am Rhein.

Wie das Züllicher „Preisblatt“ meldet, werden in den Grenzorten tagtäglich von Holländern Hauswirtschaftsgegenstände in Mengen aufgekauft und nach Holland geschafft. Eine Veranlassung der Kriegseinsparungen beschloß, die Regierung um Hilfe anzusuchen. Denn durch diese Aufkäufe nähern sich die Preise im besetzten Gebiet der heimischen Schnelligkeit den Weltmarktpreisen, wodurch für die Bewohner des linken Niederrheins ganz unerträgliche Zustände geschaffen werden.

Parteinachrichten.

Der „Avanti“.

das Hauptorgan der italienischen Sozialdemokratie, hat 350 000 Abonnenten gegen 16 000 im Jahre 1916.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

Magdalena gestand sich im stillen, der alte Mann sei greintig und launenhaft wie ein Kind, ohne daß er es vermöchte, auch manchmal lieb zu sein, wie ein solches, aber er war eben so hilflos und der Pflege bedürftig, und hätte man es an dieser fehlen lassen, es wäre ihm gewiß noch zu Herzen gegangen. Ei ja, so hohes Alter bringt wohl nur Beschränkung und Miskmut über die, die man ändern macht, und der es erreicht, hat keine Freude daran! Und nun ward ihr auch klar, warum sie trotzdem ihrem Vater ein solches wünschte, er hat ja nichts Gutes davon, es war eigensüchtig von ihr, aber es war liebende Eignung, sie wollte sich die härteste Mühsal nicht gerufen lassen, um in der Sorge für seine letzten Tage ihren Gefühlen gegen ihn genug zu tun, und wie sie es nie vermag, so sollte es die Welt daraus inne werden, was der alte, hilflose Mann ihr vereinstens gewesen war. In diesem Sinne betete sie zu Gott, daß er ihr erhalten bleiben möge und nach diesem Gebete versuchte sie einzuschlafen, aber die unangenehme Sagerstalt, das ganze Ungewohnte der ersten Nacht, die sie in ihrem Leben unter fremden Dache zubrachte, der Straßenlärm, der jetzt in der Stille der Nacht wieder vernehmlich wurde, nicht bestäubend wie am Tage, aber wie ein fortwährendes fernes Gegröle und dumpfes Gebrause, all das ließ sie nur in einen halbklammer verfallen, aus dem sie beim Morgengrauen emperschrocken und sich müde und mühsamer als am Tage zuvor fand.

Der alte Oheim schlief noch, die Tante setzte sich im Bette auf und küßte das Mädchen auf die Wange und dieses trat zum Hause hinaus in die Morgenfrische und suchte den Weg zum Bahnhof. Sie läste am Schalter die Karte, und als der Zug heranrollte, stieg sie ein und drückte sich schon in eine Ecke.

Ein paar Stunden hatte die Fahrt gedauert. Magdalena sah nicht mehr aus dem Fenster, nicht mehr nach den Mitreisenden. Es war nun der zweite Tag, an dem ihr nur fremde Orte und fremde Gesichter — den alten Schulmeister etwa ausgenommen, der sie an Vater Reinhold erinnerte — vor Augen kamen und wie sie sich jetzt selbst mißfand, unter Leuten, die sie nicht kannte, und noch böse meinten und ihr keinen Anlaß gaben, Dank zu betonen oder Lob zu wehren, ganz so unheimlich und willkürlich wie sie sich auch in der Stadt fühlte und das mußte sie wahrhaftig nicht zu sagen, ob sie je dorthin käme, versuchte einer, dem sie zu

vertrauen vermöchte, sie eines anderen Weges zu leiten, in dieser Stunde, wo ihr jeder Arm wie vom Himmel zu greifen schien.

Sie hielt ihre Hände nach dem Bündel gefaßt, das auf ihren Knien lag, und suchte an den Falteln des Eindeutuches.

„Stimmt zu viel, Dirndl“, sagte eine Stimme.

Als sie fragend aufschah, guckten ihr aus einem runden, rotbärdigen Gesicht, das von kurzen, weißen Haaren umrahmt war, ein paar bluge, graue Augen entgegen.

„Stimmt zu viel, Dirndl. Fahrst denn weit?“

„Nach der Hauptstadt.“

„Wen heimzuführen?“

„Nein, in Dienst geh ich.“

„Ei, da kommst freilich weit ab vom Land, wie vom Brauch. Na, du bist noch jung, kannst viel zulehren und auch fremde Art annehmen, war aber mit besser, da treibst was du kannst und bleibst, wie du bist!“

Eine breite, schwielige Hand legte sich auf ihre Rechte.

Und das war die Hand, die zur Stunde, wo Magdalena jeder Arm wie vom Himmel zu greifen schien, sie auf einen anderen Weg wies, und das war die Schickung, nach der sie wahrhaftig nicht zu sagen wußte, ob sie je nach der Stadt käme.

Sie kam nicht dahin.

18.

„Wär mit besser, du treibst was du kannst, und bleibst, wie du bist!“ fragte der alte Mann, indem er seine Hand auf die Rechte Magdalena's legte.

„Mag wohl sein“, sagte das Mädchen und nickte vor sich hin.

„Aber jetzt, nun schon einmal inmitten Wegs, weiß ich mir dazu mit Mir.“

„Was auf der Welt der eine mit weiß, das weiß vielleicht der andere“, sagte der Alte. „Dasselbe seh ich dir wohl an, du gehst ungern.“

„Gern just nit.“

„Könnte sein ich wüßte dir ein anderes Bleiden, wenn es dir anständig is.“

„Darüber könnt mer sich ja reden.“

„Wohl, wohl, anders mein ich nit, als daß sich darüber reden sieh.“ Er schmeig eine Weile, wachte er sich im weißen Haare kraute. Dann fragte er plötzlich: „Könnt vielleicht den Großvater-Bauer in Hörsdorf?“

„Nein.“

„Wo bist denn her?“

„Von Dangenborn.“

„Dangenborn? Habs schon kennen gehört. Muß weit sein! Da kennst du freilich mit den Großvater-Bauern, drum is es unnötig, daß mer davon reden, oder eigentlich wohl, is es erst recht nötig, daß ich dir davon sag.“ Wieder hielt er inne, nur sich mit den Fingern durch die Haare und sagte dann: „Wie heißt denn, Dirndl?“

„Magdalena Reinhold.“

„Nä, daß ich neugierig bin, aber wann sich schied, daß wir einig werden, so müssen wir doch eins das andere kennen lernen. Daß ich dir also sag, derselbe Großvater-Bauer in Hörsdorf is mein Schwiegervater, sein Weib — Gott laß mein Kind ruhn! — is ihm schon vor Jahren verstorben, nur ein kleines Mädchen is da vor ihr, geht jetzt ins zwölfte Jahr und is allweil frisch, aber das muß dich nit verschrecken, sie hat keine Krankheit, die sich auf ein anders überträgt, dieselbe is ein Hebel, daß allweil auf ein verbleibt, den es getroffen hat. Ein Professor, zu dem wirs gebracht haben, hat eine Nerventransfusi mit es sein. — Der gar, nachher, wann es nit so feurig wird — in der Stadt is noch mehr Zeit so sein, aber da mit einem andern unter uns Bauern! Nun und da braucht der arme Gasther seine Wartung und seine Aufsicht, und das schaffst uns je älter sie wird, je mehr und mehr Sorg und Kreuz; sie leidet unterm Gefinde feind, das ihr nit zu Gesicht steht, und hat noch allemal schrecklich mit jedem and-pakt, manch guten Anseh und manch drabe Magd haben wir ihretwegen weggeschickt, na, und gar von den Dörfern, die allweil hatten um sie bleiben sollen, hat es uns bisher keine Stunde lang mit geduldet, das hätte nur selb ärger gemacht! Aber wie ich mir dich so betrachte habe, da ist mir der Gedanke kommen, ob ich nit vielleicht mit dir treffen müßt, ob es dich denn nit leiden könnte! O, ich habe dich ganz genau beobachtet, meine liebe Dirn! Vorhin, wie du noch münter gewesen bist und die zwei Herrn dort in der Ed kurzweilige Reden geführt haben, da hast du wohl geschmunzelt, denn Spaß bleibt Spaß und ihn nit verlernen, das is schon recht, aber verqueet is er dir gekommen und zur Unzeit und drum hast das Raden bezwungen, wann sich es schied, wüßst wohl auch den Ernst bezwingen können und grad dös, daß einer gegen sich selber aufkommen kann, is das Naturwidrigste, was der Mensch auf der Welt braucht und was mer schon den Kindern von Klein auf beibringen sollt, drum so lang ich es unter Händen hab, verheiß ich wohl, daß es eine Dummheit macht, wann ich es aber freilassen muß, nachher nimmer.“

(Fortsetzung folgt.)

Vertrauensmännerfiskung des deutschen Bauarbeiterverbandes.

Vom Freitag, den 13. Februar, sagte die Vertrauensmännerfiskung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, in der Kollege S r i l l den Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen um die Teuerungszulage gab.

Unter dem 31. Januar wandte sich der Arbeitgeberverband mit einem Schreiben an uns, durch das er uns ersuchte, unsere Forderungen bekannt zu geben. Ungehindert haben wir das getan. Leider haben bis heute noch keine mündlichen Verhandlungen stattgefunden. Der Arbeitgeberverband läßt jedes Entgegenkommen verweigern und die Arbeitsfreudigkeit seiner Arbeiter zu stützen und aufrecht zu erhalten. Der Arbeitgeberverband stellt durch sein Verhalten die Wangen der Arbeiter auf die Probe. Er glaubt, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Die Arbeiter dagegen bringen abermals den Beweis, daß sie den Frieden im Gewerbe bei dieser schweren Zeit nicht stören wollen. Im Arbeitgeberverbande sind Kräfte am Werke, geklärt durch das brutale Verhalten der Firma Schidau ihren Arbeitern gegenüber, den Kampf um auszuweichen. Wir wollen diesen vermeiden. Werden wir aber gezwungen, ihn anzunehmen, so werden wir ihn auch zum siegreichen Ende führen. Die Unternehmer sollen nicht glauben, daß wir uns, wenn man uns auch schon gewaltsam von unserm Vaterlande getrennt hat, von ihnen verabschieden lassen werden. Sie wissen, daß wir kämpfen können. Die Herren sollen nicht zu sehr mit dem Feuer spielen. Unsere Forderung ist gerecht, denn die Teuerung ist uns über den Kopf gewachsen. Lebensmittel, Kleidung, Wäsche, Hausrat, Feuerung, Holz, Torf, Kohle usw. sind riesig im Preise gestiegen. Die Bauarbeiter sind nicht in der Lage, die notwendigen Anschaffungen zu machen. Unsere Lebensmöglichkeiten sind mittlerweile völlig unzulänglich geworden. Es muß Hilfe geschaffen werden, damit die Last, die uns bedrückt, getragen werden kann. Doch unsere Forderung höher ist, als die früheren, ist doch erklärlich. Jeder kann das erkennen, der sich den Grad vor Augen nimmt, den die Teuerung angenommen hat. In der Tagelohnarbeit findet man dauernd in Artfeln und Groscheln Ermahnungen, die den Arbeitern scharf ins Gewissen reden, sie sollen nicht immer erneut Lohnforderungen stellen. Allgemein hat Redner den Eindruck, daß man sich auch heute (sonst in hohen Amtsstellen, als auch in manchen journalistischen Büros) noch keine rechte Vorstellung von den Lebensbedingungen des Arbeiters macht. Wer nach den Reden und Schriften urteilt, der muß zu dem Ergebnis kommen, die Arbeiter fordern Löhne, die im Verhältnis zu den eigenen Unterhaltungsstellen ungeheuer hoch sind und die vernünftigen dem Zwecke dienen sollen, an Stelle der Kapitalisten die Arbeiter zu bereichern. Es ist unmöglich, diese Arbeiter im einzelnen zu widerlegen, denn wer solche Behauptungen aufstellt, der will in der Regel nicht befehl sein: er rechnet auf die Gehörlosigkeit seiner Zuhörer.

Nach der amtlichen Danziger Preisaufstellung sind vom April v. J. bis 3. Februar d. J. gestiegen: das Kilogramm Roggenbrot von 54 Pfg. auf 1 Mk., Weizenbrot von 80 Pfg. auf 1,30 Mk., Roggenmehl von 56 Pfg. auf 1 Mk., Weizenmehl von 54 Pfg. auf 1,30 Mk., Butter von 12 Mk. auf 15,20 Mk., Margarine von 7,68 auf 10,60 Mk., Käse von 3,20 auf 4,20 Mk., Fleischwurst von 4,80 auf 10,80 Mk., Leberwurst von 4,20 auf 8,00 Mk., Serringe von 1,20 auf 2,20 Mk., Streuholz von 1,00 auf 2,50 Mk., Speisefalz von

36 auf 40 Pfg., Rindfleisch, Bratfleisch von 3,40 auf 10,80 Mk., Schmalz von 4,60 auf 10 Mk., Rauch von 4,00 auf 9,20 Mk., Kalbfleisch, Bratfleisch von 4,80 auf 7,80 Mk., Schmalz von 3,60 auf 6,80 Mk., Schweinefleisch von 3,80 auf 14,40 Mk., amerikanisches Schweinefleisch von 4,15 auf 10,50 Mk., Hammelfleisch, Lende von 5,60 auf 12,80 Mk., Schmalz von 5,00 auf 11,60 Mk., 1 Liter Milch von 40 auf 64 Pfg., 1 Kandel Eier von 10 auf 24 Mk., 1 Ztr. Kartoffeln von 10,50 auf 21 Mk., 1 Ztr. Kohlen von 5,10 auf 15,60 Mk., 1 Ztr. Breitsend von 4 auf 12 Mk., Die Durchschnittsteigerung dieser Waren beträgt 108,4 Prozent. Nach dem 8. Februar sind wieder enorme Preiserhöhungen eingetreten, jedoch diese Angaben schon wieder überholt sind. Kein Bauarbeiter kann von seinem Lohne die Ausgaben decken, die zur Aufrechterhaltung des Hausstandes notwendig sind. Ja, noch nicht einmal die auf Karlen erhältlichen Lebensmittel kann er damit erwirtschaften. Es kommen dazu aber noch die Ausgaben für Schuhe und Kleider. Selbst wenn man von einer Erneuerung der Bekleidung absieht, so sind doch die Reparaturkosten umso größer und älter obendrein bei den Schuhmachern noch manches gute Wort, damit sie überhaupt gemacht werden. Kann man bei Beachtung dieser Umstände noch ruhig und guten Gewissens den Arbeitern Fortwärtse aber unveränderte Lohnforderungen machen? Wie wollen den Frieden. Sollte der Arbeitgeberverband seinen verschleppten Verhandlungsengang beibehalten, dann sind wir gezwungen, andere Mittel anzuwenden, um unsere gerechte Forderung durchzusetzen. Nicht wir sind dann diejenigen, die den Frieden stören, sondern die, die uns herausfordern. Zum Schluss gab Redner das Ergebnis der Zählung vom 2. bis 4. Februar bekannt.

An der sehr lebhaften und scharfen Aussprache beteiligten sich die Kollegen K a d a p l i, K a l l i, K e p l o w s k i, D o k, P r o m o w s k i, P o h n e, J a n i n s k i, M a r q u a r d t, G o r d e l, A d a m, J a n k o w s k i, R o s c h, S c h u l z, G a l l m a n n, S c e l o n g e d und S i d h m e r.

Dann gelangte nachfolgende Entschlieung zur Annahme: „Die Versammlung nimmt den Bericht über die bisherigen Arbeiten der Lohnbewegung entgegen. Sie bedauert es aufs lebhafteste, daß der Arbeitgeber-Verband bisher noch keinen Tag für die Verhandlungen freigelegt hat und jedes Entgegenkommen verweigert. Es ist bestimmt erwartet worden, wenn er die Arbeitsfreudigkeit seiner Arbeiter stützen und aufrechterhalten wollte. Durch das Verhalten an der Organisation und als Tarifkonflikte bringt er abermals den Beweis, daß sie den Frieden im Gewerbe bei dieser schweren Zeit nicht stören will. Die Versammlung stellt fest, daß der Arbeitgeberverband durch sein Verhalten die Wangen der Arbeiter auf die Probe stellt. Dadurch hat dieser erreicht, daß er nicht, wie er wollte, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen, sondern, daß der Wille gestärkt worden ist.“

Sie beauftragt den Vereinsvorstand dahin zu wirken, daß so bald wie möglich Verhandlungen stattfinden. Sollte der Arbeitgeberverband seinen verschleppten Verhandlungsengang beibehalten, so ist die Bauarbeiterchaft gezwungen, Mittel anzuwenden, um die Forderung durchzusetzen.“

Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die vier Stunden dauernde Sitzung geschlossen.

Lokales.

Foersters unsoziales Verhalten.

Regierungskommissar Foerster hat es abgesehen, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses über die Wohnfrage auf den Verleihen des Schidau und Klawitter für verbindlich zu erklären.

Schließlich hatten Schidau und Klawitter den Schiedspruch abgelehnt, während ihn die Arbeiter angenommen hatten. Regierungskommissar Foerster scheint sich also in seinen Maßnahmen nach den Auffassungen der Verleihen zu richten. Die Ablehnung der Arbeiterchaft hervorgerufen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß Reg.-Rat. Foerster, die Vollmachten, die ihm die mündliche Republik erteilt hat, nicht dazu benutzt, um Schidau und Klawitter zur Annahme des Schiedspruches zu zwingen und damit für den sozialen Frieden Danzigs zu sorgen.

Eine englische Wachtparade

haben die Danziger nun auch als neueste Gabe des kaiserlich britischen Militarismus beiseite erhalten. Mit Schidau und Klawitter war gestern Sonntag vormittag eine Abteilung englischer Soldaten durch den Herrngarten-Rasene über Sanggarten, durch die Milchamengasse, über den Sangmarkt durch die Sanggasse und über den Kolkmarkt zur früheren deutschen Garnisonkirche, der St. Elisabethkirche, die jetzt zur englischen Garnisonkirche geworden ist, abmarschiert. Die jetzt zur englischen Garnisonkirche geworden ist. Abmarschierendes gab es viel mehr als das kaiserlich-deutsche Militär, von der beschiedenen Einheit unserer Reichswehr ganz abgesehen, sie kamte viel Aufmerksamkeit erregten vor allem die kleinen jungen Mädchen, die die Musik ergaben. Diese bot nicht bloß englische Melodien, sondern — gewöhnlich — der britische Hymne, wenn er musiziert — auch sogar deutsche Märsche. Kurz nach 12 Uhr begab sich der ganze bedrückende Zug auf dem gleichen Wege wieder zur Kaserne zurück.

Befestigungen durch englische Soldaten waren am Sonnabend abend gegen 9 Uhr Tausenden vor allem der Milchamengasse ausgeführt. Großband, singend und lachend kamen leicht gekleidet von der Sangenbrücke und gingen auf der linken Seite der Milchamengasse nach Sanggarten zu. In der Nähe des Milchamengartens erlachte sie ein Schutzmännchen überaus höflich, doch ruhig zu sein. Die Herrin Sieger künmeren sich jedoch gewandt um diese Wohnung. Erst auf Sanggarten keilten sie ihr kühnendes Besuchen etwas ein.

Kehrsich bemerken sich am Sonntag abend, ebenfalls gegen 9 Uhr, etwa 7 englische Soldaten, bei denen sich auch ein Zivilist befand, in der Gasse. Sie gingen nach dem Sanghof zu, gleichfalls auf der linken Seite der Straße und künmeren singend, als ob es für sie gar keine Mühe zur Mühsucht auf das deutsche Publikum und seine Ruhe gibt.

Höchstpreise auch für möblierte Wohnungen.

Auch die Mietpreise für möblierte Wohnungen unterliegen dem Mieterkühnheitsgesetz und dem Mieterkühnheitsgesetz. In letzter Zeit haben sich die Lagen über zu hohe Mieten für möblierte Wohnungen. Daß auch dem Mieterkühnheitsgesetz, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Es fehlen bisher bestimmte Berechnungen für die Höhe dieser Mieten. Man muß sie also in ihre Bestandteile zerlegen. Die Miete ist eine möblierte

Wohnung besteht aus der eigentlichen Wohnungsmiete für das leere Zimmer und den weiteren Leistungen. Der Preis für das leere Zimmer läßt sich verhältnismäßig leicht aus der Miete für die ganze unmobilierte Wohnung berechnen. Für die Unbequemlichkeit der Abwärmung kann eine Abminderung nach oben hin erfolgen. Weiter kommt zur Berechnung Heizkörper, Zinsen und Tilgung der Möbel, Ausstattung, Wäsche und die Kosten für das Waschen. Ferner kann berechnet werden die Bedienung, Beleuchtung und Heizung. Kasse und etwaiges Essen natürlich auch besonders. So kommt man auf einen Monatsbetrag von 120—140 Mk. ohne Kasse. Es sollen noch genauere Berechnungen angestellt werden, um so zu einem bestimmten Satz zu gelangen.

Soweit der Mieterverein. Wer aber soll den maßnahmen Preis von 140 Mark für ein möbliertes Zimmer zahlen. Sehen wir uns einmal die Gehälter derjenigen Leute an, die auf das Möbliertwerden angewiesen sind. In unserer geistigen Zeitung machten beispielsweise die Solofasie des Stadttheaters eine Aufrechnung über ihren zum Lebensunterhalt nur unbedingt notwendigen Aufwand. Es gibt aber auch Angestelltenkategorien, die noch weit, weit niedriger gestellt sind in ihrem Gehalt. Was soll z. B. ein junger Mensch mit einem Monatslohn von 250—300 Mark mögen, der gezwungen ist 140 Mark für ein möbliertes Zimmer zu zahlen? Nein, nein. Der Anschlag des Mietervereins beweist uns, daß seine Mitglieder gelehrige Schüler ihrer hausagorischen Künste sind. Der herangezogene Preis von 140 Mk. ist rein und unerschütterlich. Man bedenke doch, daß vor dem Kriege in Danzig ein möbliertes Zimmer etwa 20 Mk. kostete. Demnach aber sind die Löhne für den Vermieter nicht gestiegen, daß sie einen Preisaufschlag von 600 Prozent rechtfertigen. Die Vermieter treiben durch ihre maßnahmen Forderung unter ohnehin jedes Wirtschaftschiff ganz auf den Strand. Denn treten die Monatspreise des Mietervereins in Kraft, so ziehen sie folgerichtig auch künmerer Gehälter und Lohnbewegungen nach sich. Unter solchen Umständen aber können wir nie gefunden. Dem Mieterverein sei deshalb das alle Erwünschteste ins Gedächtnis gerufen, das unmöglich, dem andern das nicht zuzufügen, was man an sich selbst nicht geben wissen will.

Ist die Teuerungszulage Schenkung oder Vergütung?

Die Teuerungszulage ist eine Vergütung für geleistete Dienste unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie bildet einen unirenbaren, unter Umständen sogar wesentlichen Teil des Gehaltes oder Lohnes. Die Teuerungszulage teilt das Schicksal der sonstigen Vergütung und untersteht sich lediglich dem Gesetz, daß ihre Zahlung von der Teuerung abhängig und durch diese bedingt ist. Wenn sie auch zunächst freiwillig gegeben wird, so wird sie dadurch noch zu seiner Schenkung.

Eine Vereinbarung, daß die Teuerungszulage für den Abmängungsantrag ist, ist nichtig. Denn der Geschäftsherr dem Angestellten für den Fall, daß er das Vertragsverhältnis nicht kündigt, eine besondere Zuwendung für die bestimmte Tene zu sagen. Allein er darf ihm, falls er von seinem Abmängungsrecht Gebrauch machen will, nicht zur Strafe für die Kündigung dieses Kündes den Verlust der Teuerungszulage antreiben. Mit dieser Zuwendung ist der wirtschaftliche Akt geknüpft und die Erhaltung der Arbeitskraft der Angestellten ermöglicht werden. Der Geschäftsherr erkennt durch die Gewährung der Zulage ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit des Kündes an, daß für seine Entlassung lediglich die Teuerungszulage maßgebend ist. Es widerspricht aber dem Gefühl aller bürgerlichen Menschen, eine zur Kündigung der Tat zu gehörende Zulage von einer Teuerung

die eine Beschränkung der gesetzlich gewährleisteten Abmängungsfreiheit bedeutet, abhängig zu machen. Der Angestellte soll durch die Teuerung, daß ihm sonst ein zu seinem Lebensunterhalt notwendiger Teil der verdienten Vergütung verloren geht, geschützt werden, sich in seiner wirtschaftlichen Lage verbessern zu können. Darin ist ein Verstoß gegen die guten Sitten, § 138 Abs. 1 BGB., zu erblicken. Die zur Abwehr einer Teuerung getroffene Maßnahme darf nicht mit der Ausübung eines unzulässigen Zwanges verbunden werden. Ebenfalls läßt es sich mit dem der Teuerungszulage innewohnenden Zweck vereinbaren, wenn der Geschäftsherr durch Kündigung von seiner Seite im Abmängungsmonat die Zulage entziehen dürfte, zumal gerade durch diese Ermäßigung erst die Grenze des Existenzminimums erreicht wird. Für den Angestellten ist die wirtschaftliche Lage im Abmängungsmonat die gleiche, wie vorher.

(Aus der ausgezeichneten „Auskunft“-Kartei des „Arbeitsrechts“, herausgegeben von Gemeinderichter Dr. Kallies, Stuttgart, 1920, Volkswirtschaftlicher Verlag für Politik und Verkehr, Einzelheft 3,50 Mark, Abonnementpreis je 3 Mk.)

Zur Bebefei

am Sonntag, den 22. Febr. vorm. 11 Uhr, in der Aula der Petruschule am Hauptplatz, sind Karten zum Preise von 50 Pfg. im Parteibureau 4, Damm 7, in den Verkaufsstellen der „Volkstimme“, im Spandhaus und Paradiesgasse, in den Zigarrengeschäften Sellin, Schiffsbaum und Witke, Radf. und bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben.

Bezirksversammlung.

9. Bezirk: Donnerstag abend 6 1/2 Uhr im „Blauen Lössen“. 1. Vortrag, 2. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Hochschule Danzig. Die Vorträge von Dr. Semi Meyer über „Krank, Epilepsie und Gehirnerkrankungen“ finden von jetzt an am Donnerstag von 7 1/2—9 Uhr abends in der Aula des Schererschen Abzweigs statt.

Heiratsanträge. Der Maler Alfred S. a. l o m s k i, der eine Wohnung in Warschau, eine in Poznan und in Danzig inne hatte, hat seine Ehefrau im November verlassen und sich mit einer Dame aus gutem Hause verheiratet. Nach kaum 1/2 jähriger Ehe lernte er eine Dame aus Warschau kennen, der er sofort Heiratsanträge machte. Zum Einlauf von Sachen erschwand er von dieser Dame 1600 Mark, goldene Ringe und anderes mehr. Durch Zufall kamen die beiden betrogenen Frauen zusammen. Die zweite Ehefrau erstattete bei der Kriminalpolizei Anzeige und gelang es am Sonntag, den Sonntag festzunehmen. Nach Briefen, die man bei ihm fand, hat er Heiratsanträge auch sonst häufig gemacht und anscheinend auch viele Personen durch Schwindel betrogen. Etwaige Betrogene können sich bei der Kriminalpolizei melden.

Berichtseite.

Dummejugendstreiche. Der Schüler Paul G. und der Arbeitsbursche Willy M. in Sanghuf verübten gemeinsam einen Einbruch in die Telegraphenstation in Sanghuf. Sie fanden dafür vor der Strafkammer. M. stieg durch ein Fenster ein und warf dann eine Menge Leuchtkugeln, die er hier vorfand, heraus. G. spielte vor der Kaserne den Aupasser. Die Burschen wurden abgeführt und die Leuchtkugeln wurden ihnen abgenommen, bevor sie mit ihnen ins Gefängnis konnten. Das Gericht verurteilte G. zu einem Tag und M. zu 2 Wochen Gefängnis.

Aus dem Freistadtbezirk.

Dhra. Die Wahlen der Gemeinbescheffen sind im Januar vollzogen worden, auch ist deren Bestätigung bereits erfolgt. Trotzdem hat es der Bürgermeister noch nicht für nötig befunden, die Bescheffen in ihr Amt einzuführen. Wir sind der Meinung, daß das schon längst hätte geschehen müssen, denn Arbeit ist genügend zu leisten. Wir erinnern nur an die Steuerfrage, die einer großen Vorarbeit bedarf. Für Dhra besteht doch jetzt ein kollektiver Gemeindevorstand. Wie wir hören, sollen in einigen Angelegenheiten auch schon Verhandlungen vorgenommen worden sein, zu denen weder die alte noch die neue Gemeindevertretung ihre Zustimmung gegeben haben.

Wir glauben, daß es Herrn Lind nicht gerade angenehm berührt, unseren Genossen Brill zu seinem Stellvertreter zu haben. Herr Lind wird aber trotzdem mit ihm zusammenarbeiten müssen, denn unser Genosse ist mit übergrößer Mehrheit gewählt. Wir fordern, daß Herr Lind nun endlich einmal seinen reaktionären Standpunkt aufgibt. Wenn er glaubt, mit der neuen Gemeindevertretung nicht arbeiten zu können, dann soll er seine Schüsse ziehen und . . .

Aus dem deutschen Osten.

Agenshadt, 15. Febr. Pferdediebstahl. Als der Besitzer K e h von hier auf dem Pferdemarkt in Rosenberg in verlossener Woche zwei junge Pferde im Werte von 18000 Mark verkaufen wollte, aber keinen Ausweis hatte, wurde die Polizei angerufen und es stellte sich nun heraus, daß K e h die beiden Pferde in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Borchert in St. Schönwalde bei dessen dem dortigen Besitzer H o h e r z in der Nacht vom 10.—11. Februar gestohlen hatte. Ob weitere hiesige Personen als Gehilfen beteiligt sind, soll die Untersuchung ergeben. Die Tiere sind dem verurteilten Besitzer sofort angestellt worden.

Bäherwarie.

Tabak-Selbstverforgung. — Anleitung zum Tabakbau und zur Raucherfertigung von selbstgezeugtem Tabak enthält eine 44 Seiten umfassende Schrift, die im Selbstverlage von W. Gebregondi, Buchholz, Kreis Düsseldorf-Land, oder durch den Buchhandel, zum Preise von 3,50 Mark bezogen werden kann. Diesen unterer Leser wird durch die Schrift der Weg gewiesen, wie sie sich über die heutige Tabaknot hinwegsetzen können. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist der Abhandlung über die Raucherfertigung des Tabaks (Gärungs-Fermentation), worüber in den Kreisen der Tabakzüchter die größte Unkenntnis herrscht, gewidmet. Die Schrift kann unserem raucherfreundlichen Leserkreis nur warmstens empfohlen werden.

Lokales.

Zur Auslieferung des Oberbürgermeisters.

Die von uns gestern gemachten Mittheilungen unserer aus Warschau zurückgekehrten Genossen haben ganz neues Licht auf die Auslieferungsfrage geworfen. Die parlamentarische Vertretung des polnischen Volkes, der Landtag in Warschau, hat von der Forderung der Auslieferung des Danziger Oberbürgermeisters nicht nur nichts gewußt, sondern sich auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion sogar ausdrücklich gegen sie erklärt. So entsteht nun die dreimende für das Zustandekommen der Auslieferungsliste überhaupt entscheidende Frage, wer die Auslieferung Sabinis in Wahrheit gefordert hat? Nach den Angaben der Exulanten ist dies Polen gewesen. Soll etwa die polnische Regierung in Warschau, ohne dem Landtag davon Kenntnis zu geben, diesen ungeheuerlichen Schritt getan haben? Das würde für die parlamentarische Demokratie des neuen Polens ein geradezu vernichtendes Zeugnis sein.

Unser in Warschau gewesener Gewährsmann deutete gestern allerdings noch eine andere Möglichkeit an. Danach ist es nicht ausgeschlossen, daß Danziger Polen von hinten herum Wege nach Paris gefunden und ausgenützt hätten. Wir wollen die hier bringend gebotene Aufklärung in keiner Weise erschweren und uns deshalb hierüber, ehe nicht die direkt Beteiligten gesprochen haben, nicht einmischen äußern. Deshalb können wir aber doch an der mindestens eigenartigen Haltung der polnischen Blätter zur Auslieferung des Oberbürgermeisters nicht vorübergehen. Viel verlangen wir allerdings nicht von Blättern eines Schloßes, wie die „Gazeta Obozista“. Obwohl dieses sich äußerlich tief religiös gebende Blatt in der Großstadt Danzig erscheint und dem Danziger polnischen Stadtverordneten Kwiatkowski gehört, forderte es erst ganz unlängst zur kühnen Niederbrennung polnischer Sozialisten auf. Auf ähnlichem Niveau steht die Art, wie gewisse polnische Blätter die Auslieferung Sadows forderten, ohne sich irgendwie faßbar zu den Anschuldigungen gegen ihn zu äußern.

Wie diese „Stimmen“ zugunsten der Auslieferung entstanden sind, dafür können wir mit einem vollgültigen Beweise dienen. Der demokratisch sein wollende „Dziennik Gdanski“ brachte vor einiger Zeit als „Stimme eines deutschen Danzigers“ einen Aufsatz, der sich gegen Sachm wandte und seine Auslieferung für erforderlich hielt. Einen laßbaren Inhalt suchte man auch in dem Bereiche vergeblich. Der gleiche Aufsatz war vorher von dem Verfasser, einem hier nicht mehr ganz unbekannten Herrn Winfried Lübeck, mindestens einer deutschen Zeitung Danzigs angeboten worden. Man fragte ihn dort nach seinem Material für die unangenehme Beurteilung des Oberbürgermeisters. Dabei mußte der famose Autor zugeben, daß er selber gar nichts wußte und nur ganz unkontrollierbare Äußerungen polnischer Blätter übernommen habe! Darauf lehnte man die Verbreitung des plumpen wundenbüßigen Nachwertes selbstverständlich ab. In der Reaktion des „Dziennik Gdanski“ wurde die gewissenlose Stappelerei aber sofort nur mit tausend Freuden begrüßt. Eine Stimme eines deutschen Danzigers. In diesem viefarbigem Glanz ist sie wahrscheinlich als ein kostbares Prachtstück in die Pariser Anklageakten gewandert.

Protest der Danziger städtischen Beamten gegen die Auslieferung.

Die städtischen Beamten Danzigs nahmen am Sonnabend in einer im Stadtverordneten-Sitzungssaale abgehaltenen Versammlung gegen die Auslieferung des Oberbürgermeisters mit der notwendigen Entschiedenheit Stellung. Stadtverordneter Schmiljan hob der Entrüstung der Anwesenden über die barbarische Forderung der Auslieferung im allgemeinen und hinsichtlich des Oberbürgermeisters berechneten Ausdruck. Dann beschloßen die Versammelten einstimmig eine Resolution, die gestern dem Oberkommissar Reginald Lower überreicht worden ist.

Die Protesterklärung sagt schließlich:

Die Beamtenchaft kann am besten ermessen, welche außerordentlichen Gefahren der Gesamtheit drohen, wenn es durch Aufhebung des Oberbürgermeisters Satzes gelingen sollte, die Entwicklung der im Werden begriffenen Freien Stadt Danzig zu stören oder in Damm zu lenken, die von der überwältigenden Mehrheit der Danziger Bevölkerung für verderblich gehalten werden. Die hiesige Beamtenchaft ist überzeugt, daß bezüglich politischer Gesichtspunkte dafür bestimmend gewesen sind, daß Oberbürgermeister Satzes auf die Annahmefähigkeit gesetzt wurde.

Als Bürger der künftigen Freien Stadt Danzig wandten sich die
dannigen städtischen Beamten an den derzeitigen Verwalter Dan-
zigs Sie Reginald Löwer mit der Bitte, dahin zu wirken, daß
jeder Oberbürgermeister dahin noch irgendein anderes Bürger der
Freien Stadt ausgeliefert wird. Sie vertrauen darauf, daß Sie
Löwer dieser Bitte entsprecht, und werden darin den ersten und
entscheidendsten Beweis dafür erblicken, daß Danzig dem Völkchen
unabhängig bleibt. Berechtigtkeit, Wahrung seiner Eigenbedürfnisse und
Förderung seiner Lebensinteressen zu erwirken hat.

Künstlerstreik im Stadttheater.

Die Besucher des Stadttheaters erlebten gestern abend eine unangenehme Ueberraschung. Die Kästen des Hauses waren verfloßen. Eine Besatzung von der Polizei sollte mit, daß die Einkassanten auf Befehl höherer Vorgesetzten den Streik betreten seien und daß die Vorstellungen deshalb bis auf weiteres ausfallen müßten.

Uns war bekannt, daß die Künstler dem Regiment und der
Direktion zur Entscheidung über die von ihnen vorgebrachten Forderungen
eine Frist gestellt hatten, die gestern mittag um 12 Uhr abließ.
Wir nahmen jedoch an, daß es wenigstens zu Verhandlungen ge-
kommen wäre, die eine Verständigung nicht ausgeschlossen erscheinen
ließen. Öffentlich erfüllt sich die Erwartung, daß alle Beteiligten
sich jetzt zu einem solchen Einvernehmen zu kommen.

Die „Arbeitsaufnahme“ bei Schichtau.

Die „D. R. N.“ vom 16. Februar brin¹gt eine längere Notiz über die Wiederaufnahme der Arbeit auf der Dongiger Gerts² und glauben dabei auch gleichzeitig das Geschäft der Anna Sch³lau mit besorgen zu können. Sie schreiben unter anderem:

„Auf der Schiffsanwerft haben heute ebenfalls Einstellungen begonnen, auch hier liegen zahlreiche Meldungen vor. 300 bis 400 Arbeiter werden morgen, d. h. Dienstag, den 17. 2., mit der Arbeit beginnen.“

Der heutige Tag hat bewiesen, wie „zahlreich“ die Verdunnen bei Schichau tatsächlich eingegangen waren. Etwa 10 bis 15 Arbeitswillige haben sich am Donnerstag zur Arbeit gemeldet, und das waren Inmatten. Die Firma Schichau hat sich zur Täuschung der Öffentlichkeit auch noch den Muff geleistet, indem sie heute morgen das Signal zur Betriebsaufnahme gab, was aber nicht kam, das waren jene Tausende, die am 2. Februar ungeschädigt auf die Straße geworfen wurden. Trotzdem die Arbeitslosen des Schichaubetriebes unter der Arbeitslosigkeit doppelt schwer leiden, weil ihnen der Magistrat die Arbeitslosenunterstützung verweigert hat, hilft es den Arbeitern nicht ein, unter den erbärmlichsten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen.

Die Notiz der „D. N. N.“ sollte aber den Schichtarbeitern wieder einmal beweisen, wie notwendig es ist, daß die bürgerliche Presse aus den Arbeiterhäusern verschwindet und die „Volksstimme“ überall Eingang findet.

Die unsozialen Schneidermeisterinnen.

Zu der Gehaltsverzinsung der Schmelzer erhalten wir folgende Aufschrift:

Eine gestern abend im Cafe Hohenzollern stattgefundene Sitzung mit den selbständigen Schneidermeisterinnen, die der Innung angehören, sollte mit den Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen und den Beamten der beiden Berufsorganisationen zwecks Regelung des neu eingereichten Lohntariffes verhandelt werden. Schon bei meinem Eintritt bemerkte ich, daß ich eher einen aufgeregten Himmelssturm als würdige Meisterinnen vor mir hatte. Die Vorsitzende der Innung erklärte gleich zu Anfang, daß ein 50 prozentige Lohnaufbesserung gar nicht zu denken sei, und in dieser Hinsicht bewegte sich der weitere Verlauf der Sitzung. Herr Ritz vom christlichen Verband der Schneiderinnen erläuterte den Geschiehenen in sachlicher Weise, oft unterbrochen von den empörten Damen (Meisterinnen), weil die Lebensmittelpreise weit über 75 Prozent gestiegen seien, wäre eine Lohnaufbesserung von 50 Prozent wohl am Platze. Aber er fand wenig Gehör bei den Innungsmitgliedern. Nachdem zwei selbständige Meisterinnen gegen die Forderung protestiert hatten, daß ich um das Wort und erklärte wiederum, daß die Näherinnen noch heutzutage unter Verhältnissen arbeiten, welche die höchst unmenschlich wären und daß die Löhne derartig wären, daß sie der Natur nicht nur nicht entsprächen, sondern aller Beschreibung spotteten. So wäre z. B. auf dem Wilsberg eine selbständige Schneiderin die 6 Arbeiterinnen und 4 Lehrlinge beschäftigt. Einer dieser höchst unglücklichen Gesellen (Arbeitnehmerinnen) besaßen sie vor einiger Zeit einen Lohnlohn von 12 Mark und schickte ganzen 12 Mark. Der Vater eines Mädchens erklärte mir, daß es ihm durchaus unmöglich wäre, unter solchen Umständen seine Tochter zu ernähren, ganz zu schweigen von sehr notwendigen Requisitionen. Wenn jemand zu den betreffenden Meisterin kommt, so würden dort nur 2 Mädchen als Arbeiterinnen bezeichnet, die anderen als Lehrlinge. Aber daß die Dame dabei soviel verdient, daß sie im Sommer auf 6 bis 8 Wochen in ein Bad reisen kann, beweist, daß sie die armen Mädchen wirklich ausbeutet. Ein anderer Fall in der Pfefferstraße, den mir gestern eine Witwe mit ihrer sehr abgemagerten Tochter berichtete, war ebenfalls traurig. Dort wurde für 3 1/2 wöchentliche Arbeit eines Näherin von Mai bis August 19 ein Tagelohn von 2.50 Mark, im August und September ein solcher von 4 Mark und von Dezember 19 bis jetzt ein Tagelohn von 4.50 Mark bezahlt. Um nur einigermaßen leben zu können, ist das bedauernswerte Geschöpf (Schneiderin) gezwungen, die halben Nächte an der Nähmaschine zu verbringen, und die fliegenden Augen und die eingefallenen Wangen beweisen, daß die Arme alles dafür als glücklich in ihrem Berufe ist. Dabei kommt es im letzten Falle oft vor, daß die arme Näherin halbe Wochen feiern muß. Die Meisterinnen erklärten natürlich mit dem Brustton der Ueberzeugung, daß diese Geschicklichen überhaupt nicht der Innung angehören. Ich frage die Öffentlichkeit: Ist es denkbar, daß dies noch heute im Zeitalter der Revolution geschehen kann? Auf wiederholtes Bitten des Herrn Kollegen R., doch endlich in die Beratung der Tarife einzutreten, weil sich die Damen gar nicht genug an der Fürsorge für ihre Arbeiterinnen (unbeachtet, erklärten sämtliche Rednerinnen der Innung, daß sie die Lohnaufbesserung auf keinen Fall bewilligen könnten. Die Vorsitzende führte aus, daß heutzutage die Arbeiter unterschätzt seien. Wenn man bedenke, daß heute z. B. ein Professor nur 5000 Mark pro Jahr hätte, und ein Arbeiter wollte ebenfalls, wie würde der Erstere denn dann noch in der Lage sein, seine Kinder studieren zu lassen. Ihre Runden aber kämen doch zum größten Teil aus diesen Kreisen. Die Meisterinnen würden lieber offen arbeiten als die aufgestellten Löhne bezahllen. Herr R. bat, doch wenigstens ein Angebot zu machen. Darauf sagte eine Dame schließlich, nachdem ich sie fragte, was die machen würde, wenn ihre Arbeiterinnen nun auf einmal freizagen der Arbeit? fragte ich, weil sie erklärte, den Lehrlingen auf keinen Fall etwas zu bewilligen. Das wirkte wie der Witz in der Schachherde. Das Ende vom Lied war, daß wir unentzifferter Sache abziehen mußten. Arbeiterinnen, merkt ihr woher der Wind weht! Organisiert euch im freien Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Weiglein.

Die Ein- und Ausfuhr von Waren über die Grenze des freihandels Danzig. Die Außenhandelsstelle des Magistrats der Stadt Danzig, die über die Ein- und Ausfuhr sämtlicher Waren über die Grenze der freien Stadt Danzig die Erlaubnis zu erteilen hat, befindet sich von heute ab Jospengasse 30 in Danzig. Der Deserement derselben ist Stadtrat Ernst. Alle Anträge auf Ein- und Ausfuheremissionen sind zunächst bei der Danziger Handelskammer, dann dem Magistrat einzureichen, die sie nach Begutachtung der einklagenden Erhebung an die Außenhandelsstelle weitergibt.

Am südlichen Ende des Kollerschagens, in der Nähe des früheren Kriegsgefangenenlagers Trost sind die beiden Dämme 2 und 4 stark eingestürzt und abgetaucht, so daß sie zum Festlegen von Schiffen nicht mehr verwendet werden können. Es ist daher ihre Erneuerung erforderlich. Die Kosten sind auf 38 000 Mark geschätzt und werden von der Stabschiradenverwaltung angefordert.

Umtausch der Reisebrotmarken in Danzig. Die in das Grenzgebiet zureisenden Personen, die im Besitze von Reisebrotmarken sind und diese beim Eintritte von Guts bei den Wächtern vermerken wollen, haben ihre Reisebrotmarken bei den zuständigen örtlichen Ausgabestellen des Grenzpolizeibeamteten in Danzig, Aufnahmestationsstelle, Pfefferstraße 58/59, unter Vorlegung ihres Abreisepasses oder eines Ausweises, der über die zahlungsfähige Erhaltung der Reisebrotmarken Aufschluß gibt, gegen Brotmarken umzutauschen.

Gerichtsside.

Jugendliche Straßenräuber. Die Arbeitsburschen Paul R. und Paul R. in Danzig standen vor der Strafkammer unter der Anklage eines versuchten und eines vollendeten Straßenraubes. Im Dezember trafen sie im Logengang zwei Damen, denen sie ihre Handtaschen zu entreißen suchten. In dem einen Falle gelang es ihnen, im andern nicht. Nach der That flossen sie davon. In der geraubten Handtasche befanden sich 60 Mark Geld und andere Kleinigkeiten. Weil sie unter 18 Jahre alt waren, wurden sie von der Strafkammer abgeurteilt. Das Urtheil lautete gegen jeden der Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis.

Polizeibericht vom 17. Februar 1926. Verhaftet: 6 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Verdruss gegen § 218 Abs. 2 und 3 in Polizeist. — Gefunden: 1 schwärzer Seidenbeutel, abgehoben vom Stadttheater, 1. Kang, links, 1 brauner Rindpelt, fragen, abgehoben von Stankowski, Kleinschleife 20. 1 Ex.

Standesamt.

Lobesfässer: Witwe Elise Meyer geb. Eickmann, 74 J. — Frau Marie Rösche geb. Schewr, 53 J. 4 M. — Frau Auguste Raschmer geb. Krause, 45 J. 8 M. — Invalide Johannes Krüger, 65 J. 8 M. — Witwe Albertine Gallenstern geb. Lange, 70 J. 7 M. — Oberfeuerwerker Robert Mehl, 35 J. — Student, Viehknecht im Infanterie-Regiment Nr. 29, Wilhelm Wurbach, 31 J. 10 M. — Hausdiener, Musiker im Infanterie-Regiment 129, Arthur Alexander Hing, 31 J. 8 M. — Kinderpflegerin Frieda Kleis, 23 J. 10 M. — Frau Ida Stellmach geb. Liebe, 33 J. 10 M. — Frau Irma Koppelschwer geb. Otto, 21 J. 6 M. — Berufskloster Hans Demski, 24 J. 10 M. — Schiffszimmermann Johann Schwallitz, 71 J. 10 M. — Handlungsgehilfe Paul Arnoldt, 29 J. 1 M. — Witwe Helene Mantzel geb. Popel, 69 J. 16 M. — Frau Elina Ebert geb. Adomiet, 40 J. 6 M. — L. d. Arbeiters Augustin Malherod, 11 M. — L. d. Briefträgers Konstantin Rogalki, 16 J. 8 M. — Arbeiter Friedrich Rösche, 16 J. 11 M. — Invalide August Riß, 70 J. 4 M. — Schlosser Oskar Schwan, 60 J. 9 M. — Maschinist Heinrich Sehlmann, 76 J. 4 M. — Frau Wilhelmine Renfer geb. Rastbach, 55 J. 10 M. — Arbeiterin Franziska Krause, 64 J. 7 M. — Frau Elina von Graebe geb. von Halle, genannt von Vitzth, 62 J. 8 M. — Köchin Gertrud Theresie Riß, 16 J. 7 M. — Unverheiratete Emilie Richter, 48 J. 5 M. — Witwe Emma Bodel geb. Gilderbrandt, 44 J. 6 M. — Witwe Martha Martabam geb. Krause, 59 J. — Unverheiratet: 2 Söhne.

Wetterhandelsnachrichten am 17. Februar 1920.

	oeftern	bente		oeftern	bente
Thorn	+ 3,18	+ 3,22	Dieckel	+ 3,43	+ 3,35
Norden	+ 2,98	—	Dirschau	+ 3,78	+ 3,94
Culm	+ 3,00	+ 3,06	Einslage	+ 2,90	+ 3,00
Graudenz	+ 3,09	+ 3,14	Schötenhorst	+ 2,30	+ 2,76
Aurzbrach	+ 3,42	+ 3,56	Wiesdorf	+ 0,14	—
Wismarsen (pke)	+ 3,31	+ 3,46	Ampech	+ 1,21	+ 1,02

Aus dem Freistadtbezirk.

Albda. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines findet am Mittwoch, den 18. v. Mts., abends 7 Uhr im Vereinshaus statt. Gen. Geht wird über die politische Lage im Freistaat Tansig sprechen. — Arbeiterjugend Albda. Heute abend in der Turnhalle; Vorrede über Wanderschaften. Gen. Storch: 40 Handwerksvereine durch den Herz. Gen. Dr. v. d. Hoff: Erinnerung eines Handwerksbürgers.

Letzte Nachrichten.

Die Entente verzichtet auf die Auslieferung.

Paris, 16. Febr. In der von A. v. Arnim vorgelesenen und von Lord George gezeichneten Note an die deutsche Regierung stellen die Mächte zunächst fest, daß Deutschland die für Deutschland aus den Artikeln 228 und 230 des Friedensvertrages sich ergebenden Verpflichtungen nicht einzuhalten vermag. Unter dem Vorbehalt, das ihnen aus dem Vertrag zustehende Recht in dem ihnen zweckmäßig erscheinenden Maße zur Anwendung zu bringen, nehmen die Allirten Kenntniss von der deutschseits abgegebenen Erklärung, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigsten Garantien versehenes Strafverfahren einzuleiten gegen alle die Personen, deren Auslieferung die allirten und assoziierten Mächte zu verlangen beabsichtigen. Die Allirten werden sich hüten, sich irgendwie in das Gerichtsverfahren einzumischen und wollen sehen, ob die deutsche Regierung wirklich entschlossen ist, die Schuldigen festlich vor dem Reichsgericht zu verurtheilen. Gleichzeitig teilen die Allirten mit, daß sie eine internationalisirte Kommission zu beauftragen beschließen haben, eingehend die Straftaten eines Mann, dessen Schuld durch die That der Allirten sicher ist, der deutschen Regierung zu übermitteln. Die Note schließt: Einmal können die Allirten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbartel, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 und 230 des Friedensvertrages aufheben kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Verheerung den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht vollständig darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Allirten werden in einem solchen Falle voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen.

Diese dementsagwürdige Nachgiebigkeit der Entente wäre nur dann ein Schein von Gerechtigkeit, wenn sie gleichzeitig ihre „Kriegsverbrecher“ und vor allem die Verantwortlichen der Hungerblockade ebenfalls vor ein Gericht stellen würde.

Verantwortlich für den politischen Teil: Graf Bopp, für den unpolitischen Theil: und die Unterhaltungsbeilage: Carl Gehrmann, für die Inserate: Bruno Gwost, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. Schönl & Co., Danzig.

Bewerkschaftliches.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa)

Schreibt uns: Durch die Tagesblätter geht eine Notiz, in der behauptet wird, daß die Führer und Mitglieder der Afa-Verbände an den blutigen Vorgängen vor der Nationalversammlung beteiligt gewesen wären oder sie gar mit verursacht hätten. Diese Darstellung wird von Gegnern unserer Verbände verbreitet, um der in der letzten Zeit besonders gesteigerten Werbetätigkeit der freien Angestellten-Organisationen Abbruch zu tun.

Tatsache ist folgendes: Schon vor Weihnachten bestand die Absicht, gegen das Betriebsrätegesetz, wie es der 7. Ausschuß beschlossen hat, noch in letzter Stunde energisch Einspruch zu erheben. Zu diesem Zweck sollten am Vormittag der fraglichen Sitzung der Nationalversammlung Kommissionen zu den einzelnen Abgeordneten gehen, um diese zu veranlassen, dafür zu stimmen, daß die notwendigen Verbesserungen dieses Gesetzes im Sinne der Angestellten noch in letzter Sitzung vorgenommen würden. Das war das gute Recht der Angestellten als Staatsbürger, wie ja auch die Arbeitgeber in ihrem Sinne die einzelnen Abgeordneten zu überzeugen gesucht haben. Daneben sollten in einer großen Versammlung vor dem Reichstagsgebäude Dienstag, den 13. Januar, nachmittags 5½ Uhr, also nach Büreauschluß, die Forderungen der Angestellten bekräftigt werden. Wertwüßigerweise fehlen in dem von einzelnen Blättern gebrachten Abdruck des zu der Kundgebung auffordernden

Kundgebens gerade diese zwei Worte: „nach Büreauschluß“. Man hat also zur Fällung unseres Aufrufes schreiten müssen, um die gewünschten Schlußfolgerungen daraus ziehen zu können. Bei der Vorbereitung unserer Kundgebung war uns die geplante politische Demonstration der Arbeiter nicht bekannt. Als parteipolitisch neutrale Organisation lehnt die Afa auch jede Beteiligung an Kundgebungen ab, die von politischen Parteien ausgehen. Die Kommissionen der Angestellten waren planmäßig am Dienstag vormittag bei den verschiedenen Abgeordneten der Nationalversammlung und haben sich nach erfolgter Rücksprache in aller Ruhe wieder nach Hause begeben. Um 3½ Uhr wurden die blutigen Vorgänge vor der Nationalversammlung bekannt und daraufhin sofort die Versammlung der Afa in letzter Minute abgesagt. Es gelang auch fast überall, die zur Nationalversammlung hinstromenden Angestellten anzuhalten und zur Umkehr zu bewegen. Kein Angestellter, der nach Weisung der Afa handelte, konnte an den Arbeiterdemonstrationen und an den tiefbedauerlichen blutigen Zusammenstößen überhaupt irgendwie beteiligt sein.

Diese Feststellungen mögen genügen, die Vorgänge vom 13. Januar, soweit sie mit der Afa in Verbindung gebracht werden, klarzustellen und die Art der bisherigen Berichterstattung über diese Vorgänge zu kennzeichnen.

Jugendorganisation im Malergewerbe.

Die besonderen Verhältnisse des Malergewerbes machen einer geschulten gewerblichen Nachwuchs notwendig. Dem wirken aber wieder die bestehenden Verhältnisse und die Gleichgültigkeit der Pflege des Lehrlingswesens als alleinige Domäne betrachtenden Innungen entgegen. Darum

ist der Verband der Maler entschlossen, sich dieser wichtigen Aufgabe in ganz besonderem Maße zu widmen. Schon sind in einer Reihe von Städten Lehrstipendien eingerichtet worden, die sehr erfolgreich arbeiten, und außerdem erscheint von nun an allmonatlich eine Zeitschrift des Verbandes unter dem Titel „Maler-Lehrling“. Im kommenden Frühjahr soll diesen Maßnahmen eine allgemeine Verbetätigung folgen.

Brüderliche Solidarität.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam schreibt:

In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, sowie in Rücksicht auf den Ernst der Lage und die dringende Notwendigkeit, raschestens Abhilfe zu schaffen, lenkt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Aufmerksamkeit des Völkerverbundes, dessen Aufgabe es ist, den durch den Krieg grausam geprüften Völkern zu Hilfe zu kommen, auf diese Situation. Das Bureau, in der festen Zuversicht, daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit in diesen besonders ernsten Fällen in ihrem vollen Umfang gehört werden wird, beauftragt daher seine Delegierten im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeiterrates in Paris mit aller Kraft der Überzeugung zu handeln. Es wendet sich an die Völkerverbände Europas und Amerikas, damit diese insbesondere durch das Organ ihrer Gewerkschaftsorganisation die nötigen Schritte bei ihrer Regierung veranlassen, um rasche Maßnahmen für die Lebensmittelförderung herbeizuführen und auf diese Weise die Aktion des Völkerverbundes zu unterstützen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar, Februar, März 1920) sind bis zum 18. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Bei Zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abzählers und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitragskosten fällig werden und mitzuzahlen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich 8½—1 Uhr vormittags.

Danzig, den 12. Februar 1920.

Die Städt. Steuerkasse.

Während der Messetage, vom 18. bis 29. Februar wird den Lichtbildtheatern gestattet den Verbrauch elektrischer Arbeit für Licht- und Kraftzwecke abends bis 11 Uhr auszuweiten. Der Magistrat. (553)

Nach Übernahme der Geschäfte der früheren Kohlenmonopolgesellschaft im Bereich des XVII. A. A. fordern wir sämtliche im Freistaat Danzig befindlichen industriellen Betriebe, welche einen monatlichen Bedarf von mehr als 10 t Kohle resp. Koks, haben, auf ihren Bedarf mittels Kohlenmeldekarte bei dem städtischen Brennstoffamt, Abteilung Industrie, Danzig, Postfach 35 b, anzumelden. Die Meldekarte und Einzelkarten sind dort gegen Entrichtung der bisherigen Gebühren erhältlich. (557)

Danzig, den 12. Februar 1920.

Der Magistrat.

Oliva.

Verteilung von Leigwaren.

Auf Marke 13 der Lebensmittelkarten kommen Leigwaren zur Verteilung. Die Bezugsabschnitte der vorgezeichneten Marke sind sofort, spätestens bis zum 18. d. Mts. bei den hiesigen Kleinhandlern abzugeben, die die Bezugsabschnitte am 19. d. Mts. genau gegählt und zu hundert gepackt auf dem Lebensmittelamt einzureichen haben. Die Verteilung der Leigwaren an die Kaufleute erfolgt am 20. Februar durch Herrn Mühlentzberger Czachowski und der Verkauf an die Verbraucher von Sonnabend, den 21. d. Mts. ab gegen Abgabe der Quittungen über den Bezugsabschnitt 13. Jeder erhält ein halbes Pfund Leigwaren. Der Kleinverkaufspreis beträgt 1,18 Mk. für das Pfund. Über die ihm zustehenden Leigwaren bis Dienstag, den 24. d. Mts., abends 6 Uhr, nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

Die in Empfang genommenen Quittungen über die Bezugsabschnitte sind am Mittwoch, den 25. d. Mts. ebenfalls genau gegählt und zu hundert gepackt auf dem Lebensmittelamt einzureichen.

Oliva, den 16. Februar 1920.

Der Gemeindevorsteher.

J. B. Schiffer.

! Rauchtabak!
Feinstes, überlebens, frisch
eingeschaffte, 3-garantien
zum Wiederverkauf billig

Blühpunkt,
alkoholfrei. (177)

Walter Belan,
Pierchellengasse.

Baumwollspinnerei
als (214)

Kräpessche Mk. 6.—
Kräpessche Mk. 6.—
Einzelabgaben Mk. 3.—
Einzelabgaben Mk. 5.—
Wirten sicher und schnell
bei allen juckenden Haut-
ausschlägen. Echte zu haben
Adler-Apothek.

Oliva. Telefon 794.

KK
3.

GROSSE
ALLEE
10

Kassakonkret-Profil
und über
Besitzer, Direktor
Hermann Konlehn.

**Grete und
Gerd Ollendorf**
und die übrigen Attraktionen.
Doppel-Strich-Kunst-Quartett.
Wochentags nachm.: 4 Uhr-Kaffee.
Eintritt frei.
Sonntags nachm.: 4 Uhr-Kaffee mit
Vorträgen Eintritt Mk. 4.— (556)
Tägl. abends 7 Uhr: Eintritt 8.— und 10.— Mk.

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.
Achtung! Nur 3 Tage! Achtung!
„Der Abgrund der Seelen“
(Puppenspiele des Lebens)
Erschütterndes Schauspiel in 4 Akten mit der
berühmten Helga Meja.
Große Sensationen! Von Akt zu Akt spannender!
Aktion 115
Großes Sensationsdrama in 4 Akten
in der Hauptrolle Lotte Neumann.
552) Lustspiel-Einlage!
Es empfiehlt sich die Nachmittagsvorstellungen zu
besuchen. Beginn der letzten Vorstellung 7½ Uhr

**MODERNE
KUNST
LICHTSPIELE
LANGFUHR**
AM MARKT
Die große Sensation zur Messe!
Abheute Aufführung des gewaltigen Filmwerkes
Die Herrin der Welt.
I. Teil:
Die Frauen des goldenen Mannes.
Der größte Sensations- und Glanzfilm. Stellt
alles bisher Gezeigte in den Schatten.
Ab heute! Nur kurzes Gastspiel!
Vorwiegend nur bis Freitag.
Persönliches Auftreten
der berühmten, köstlichen, schwedischen
Filmschauspieler, Künstlerinnen und Sängerin
Ada Svedin
in ihrem eigenen hierzu aufgenommenen Tanz-
und Gesangsamt.
Melodien des Herzens. (553)
Das Beste was die Lichtspielkunst je geboten.
Niemand verkenne diesen seltenen Kunstgenuss.
Verstärktes Orchester. Beginn nachm. 3½ Uhr.

Jeder Band 3.— Mark.
Erzählt. Ein Roman aus dem Proletariat-
leben von A. Ger.
Der Götterkaiser. Roman aus dem Leben
der erzgebirgischen Waldarbeiter von
A. Ger.
Verbrecher-Geschichten I. Mit einer Einleitung
von Franz Diederich.
Als Zwischenstück nach Süssmuths. Erz-
ählung von Heinrich Neuenhagen.
Vom Waisenhaus zur Fabrik. Geschichte einer
Proletariatsjugend von Diederich.
Die Heisterel. Eine lustige Erzählung von
Otto Ludwig.
Buchhandlung „Volksstimme“
Am Spandhaus 6 u. Filiale Paradiesgasse 32.

LB
Junkergasse 7
Ecke Breitengasse.
Von Dienstag, den 17. bis
Donnerstag, d. 19. Februar
Carl Beckersachs u.
Rita Clermont
in
Der Glückssucher.
Das Schicksal eines
Geigenbauers.
4 fesselnde Akte.
Urs. Malers Dittelmeyer
Spannendes Sensations-
Detektiv-Drama.
3 Akte mit
Manny Ziener u.
Carl Berger
Dazu die reizende Lust-
spiel-Einlage
Papas Knoten
in 3 heiteren Akten mit
Ferry Szikla u.
Paul Westermeyer. (554)

Fahrräder.
nur erstklass. Fabrikate,
Wanderer, Brenner,
Triumph, Schlägler, Dür-
kopp, in großer Auswahl,
mit prima Paragummilager-
bereifung. Riesiges Lager
in Kräuteln, Schlauchen,
in Jn- u. Auslandsware,
in Paragummilagerung,
Biketeria, Elektra und
National, la Ventilgummilager,
Pumpen, Fahrradöl, Lenker,
ketten, Pedale, Sattel,
Blenden sowie sämtl. Zu-
behör u. Ersatzteile enorm
billig. (279)
Reparaturen schnell, ge-
nau und billig.
Gußow Ehms,
Fahrradgroßhandlung,
1. Damm Nr. 22-23,
Ecke Breitengasse. Tel. 3478.

**Blumen- und
Kranz-Verkaufshaus**
Marie Venz
vorm. H. Venz
Böttche-Gasse Nr. 135
Eldendorfer Fernruf 215

**Ständertische
Blumen-
Zusammenstellungen
Trauerpendeln
Grabkränze.**
Bis-Glückseligkeit
mit Erfolg angewandt bei
Bettstücken
sowie Flechten und Haut-
erkrankungen aller Art.
Preis Mk. 4.50.
Fabrikant und Vertrieb
Apoteker Dr. Engel, Erfurt
zu haben in Danzig in
der Engel-Apothek u. der
Böttche-Apothek. (6025)

Sozialdemokrat. Verein Oliva.
Mitgliederversammlung
am Mittwoch, den 18. Febr., abends 7 Uhr
im Vereinshaus:
Vortrag des Gen. Gehl über
„Die politische Lage im Freistaat Danzig“.
Die weitere Tagesordnung wird bekannt
gegeben. Kein Mitglied darf den Besuch
dieser Versammlung veräumen. (7)

**Ein Hausbuch für
die Arbeiterchaft**
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält
ein verlässbares Modell des menschlichen Körpers
und viele Illustrationen.
Preis 8.— Mk.

Buchhandlung Volksstimme,
Am Spandhaus 6.

**Expeditionen
der
Danziger Volksstimme**
sind eingerichtet:
Danzig, Am Spandhaus 6,
Paradiesgasse 32,
Ohra, Zigarrengeschäft Mielke an der Ost-
bahn 1, Ecke Hauptstraße,
Schiditz, Barbiergeschäft von Ciesniewski,
Karlshäuserstr. 108,
Langfuhr, Herrn Otto Steinbeiß, Kirchauer-
weg 12, 1,
Neufahrwasser, Herrn W. Walter, Sapperstr. 41 b,
Heubude, Th. Lehmann, Wasserstraße 3.
Beschwerden über unpünktliche oder unregelmäßige
Zustellung sind in den Expeditionen
oder bei nachstehenden Zeitungskommissions-
mitgebern anzubringen:

Muschke, Spandhausengasse 4,
Baumann, Stiftswinkel 18,
Wegner, Samtgasse 12 a,
König, Hohe Seigen 11,
Maack, Wallgasse 17,
Schöder, Tischlergasse 48,
Petzold, Büttelgasse 45,
Leonhardt, Langgärten 97, Garth., pt.,
Folk, Oberstraße 80,
Raabe, Karlshäuserstraße 38,
Erdmann, Wein. ergstr. 11 b,
Schöbich, Unterstr. 39.

**Neuersehung
NEUE SAAT**
Gedichte von Kurt Klauer.
Preis Mk. 1.50

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und fühlt,
ein Arbeiterdichter tritt mit diesem Werkchen
vor die breite Öffentlichkeit. Kein Ver-
semmacher, sondern ein Dichter, der die innere
Berufung in sich fühlt. Das Buchlein ist
durchweht von glühender Liebe zur Freiheit.
Es ist so recht geeignet uns zu lastern und
zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem
Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.
Buchhandlung „Volksstimme“
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

UT
Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Nur noch heute
„Monika Vogelsang“
mit
Henny Porten.
Voranzeige!
Ab Mittwoch, d. 18. Februar
Die Herrin der Welt
VI. Teil
**Die Frau mit
den Milliarden.**

Röhrenmaschinen-
reparaturen rasch u. billig
Bernstein & Comp.
Langgasse 50. (3249)

**Gehrock-Anzüge
Frack-Anzüge
Smoking-Anzüge
Cutaway-Anzüge**
in größter Auswahl
J. Rosenbaum
Breitengasse 128/29
Telefon 2121.
(18184)

Brennholz
markenfrei zu verkaufen
F. Matheis,
Ohra. Teleph. 992. (278)

Volksfürsorge.
Gewerkschaftlich-Bewusst-
seinsliche Versicherungs-
Kassen-Gesellschaft
Gekügelte Tische für
Erwachsene und Kinder.
Kein Polizeiverkauf.
— Sterbekasse. —
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnung Nr. 16 Danzig
Bruno Schmitt,
Mattenbuden 36.

Wer hat Geld brand!
mend. B. direkt a. R. L. L. L.
Danzig, Paradiesgasse 6-9.
(194)

**Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gassen!**